

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Max Wingen

Rahmensteuerung  
der Bevölkerungsbewegung  
als gesellschaftspolitische  
Aufgabe

Hartmut und Thilo Castner

Schulstreß —  
Krankheit der Schule  
oder Krankheit  
der Gesellschaft?

ISSN 0479-611 X

B 52/77

31. Dezember 1977

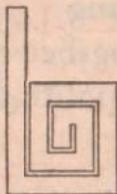
Max Wingen, Dr. rer. pol., Ministerialrat, geb. 1930 in Oberkassel/Rh., Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, seit 1959 Referent im Bundesministerium für Familie und Jugend, später Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, 1968 Lehrauftrag an der Universität Saarbrücken, ab 1969 Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) — Abt. für Sozialwissenschaft, 1973 Ernennung zum Honorarprofessor an der RUB, Vorstandsmitglied der Dt. Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt.

Veröffentlichungen u. a.: Familienpolitik. Ziele, Wege und Wirkungen, Paderborn 1965<sup>2</sup>; Familienpolitik — Konzession oder Konzeption?, Köln 1966; Der junge Familienhaushalt in sozialökonomischer Sicht. Tatbestände und familienpolitische Schlußfolgerungen, hrsg. v. BMFa, Bergisch Gladbach 1967; Art. „Familienpolitik“, in: Staatslexikon, 6. Aufl., Bd. IX (1. Ergänzungsband), Freiburg 1969; Zum Verhältnis von Familienpolitik und Bevölkerungspolitik, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften CIVITAS, 11. Bd. (1972); Art. „Familienpolitik“ und Art. „Bevölkerungspolitik“, in: S. Keil (Hrsg.), Familien- und Lebensberatung — Ein Handbuch, Stuttgart 1975; Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Urban-TB, Bd. 509, Stuttgart 1975; Bedingungen und Probleme sozialwissenschaftlicher Familienpolitikberatung, in: Sonderheft Nr. 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1977; Bevölkerungspolitische Leitvorstellungen in der gegenwärtigen wissenschaftlichen und politischen Diskussion, in: Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, hrsg. von B. Kulp und H.-D. Haas, Schr. d. Vereins für Socialpolitik. N.F., Bd. 92, Berlin 1977.

Hartmut Castner, geb. 1945 in Saaz; Studium der Germanistik, Geschichte, Soziologie und Pädagogik in Göttingen und Erlangen; Oberstudienrat am Melanchthon-Gymnasium Nürnberg; Fachbetreuer für Geschichte/Sozialkunde; Dozent an der Volkshochschule und am Jugendzentrum Nürnberg.

Thilo Castner, Dr. rer. pol., geb. 1935 in Breslau; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg und Köln; Studiendirektor der Städt. Wirtschaftsschule Nürnberg; Fachbetreuer für Englisch; Dozent an der Volkshochschule und am Jugendzentrum Nürnberg.

Gemeinsame Veröffentlichungen: Sexualrevolution und Schule, Neuwied 1970; Emanzipation im Unterricht, Bad Homburg 1972; Die Volksrepublik China — ein sozialistisches Modell, Düsseldorf 1975; Familie und Jugend in der Industriegesellschaft, Leverkusen 1976; Werbung in Wirtschaft und Politik, Leverkusen 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Rahmensteuerung der Bevölkerungsbewegung als gesellschaftspolitische Aufgabe

## I. Das Problem und seine Teilaspekte

Die politische Steuerung komplexer Industriegesellschaften sieht sich zunehmend vor eine zusätzliche Aufgabe gestellt: die Rahmensteuerung der quantitativen Bevölkerungsentwicklung. Die in der Bundesrepublik Deutschland sehr viel mehr als in anderen europäischen Staaten lange Zeit tabuisierte bevölkerungspolitische Thematik ist offensichtlich im Begriff, die Schallmauer in der öffentlichen Diskussion zu durchbrechen. Grundlegende Fragen, die den künftigen Bevölkerungsprozeß betreffen, drängen nach einer verantwortlichen Klärung und fordern dazu auch die bevölkerungswissenschaftliche Forschung zu vermehrten Anstrengungen heraus.

Besondere Beachtung verdient der Hinweis in der Regierungserklärung vom Dezember 1976, unser Volk werde in den kommenden Jahren noch mehr Solidarität zwischen den Generationen üben müssen, „um die neuen Aufgaben lösen zu können, die sich unter anderem aus der weiteren Bevölkerungsentwicklung ergeben“<sup>1)</sup>. Dabei wird auf absehbare erhebliche Schwankungen im Bevölkerungsaufbau hingewiesen: Während Mitte der achtziger Jahre über 2,5 Mio. mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter stehen werden als heute und demgemäß mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze benötigt werden, wird die Zahl der unter 25jährigen bis 1990 voraussichtlich um beinahe 5 Mio. abnehmen. Aus derartigen Verschiebungen im gesamten Generationsgefüge ergeben sich zwangsläufig deutlich ver-

änderte Anforderungen an die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur.

Die Ergebnisse von Bevölkerungsvorausrechnungen bis über die Jahrhundertwende hinweg werden nicht nur von Planungsgremien in den verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungsbereichen, sondern inzwischen auch in der breiten Öffentlichkeit besonders aufmerksam zur Kenntnis genommen, seitdem etwa für die deutsche Bevölkerung im Bundesgebiet ein Rückgang von gegenwärtig 58 Mio. auf 52 Mio. bis zum Jahr 2 000 ausgewiesen wird. Hält sich der Rückgang bis dahin wegen des gegebenen Altersaufbaus unserer Bevölkerung noch in Grenzen, so ist nach der Jahrhundertwende mit jährlichen Abnahmen in der Größenordnung von 400 000 und mehr zu rechnen; das entspricht etwa der Einwohnerzahl von zwei bis drei Großstädten pro Jahr.

Nun muß dazu allerdings sogleich einschränkend angemerkt werden, daß dies keine Prognosen i. S. von „Vorhersagen“ über die vermutlich eintretende Entwicklung sind, sondern Ergebnisse von Modellrechnungen<sup>2)</sup>, denen ganz bestimmte, aus der Gegenwart abgeleitete Annahmen zugrunde liegen. Nur unter diesen Prämissen gelten die Berechnungsergebnisse. Die Vergangenheit hat immer wieder eindrucksvolle Beispiele dafür erbracht, wie neue, nicht einkalkulierte Entwicklungen starke Modifizierungen derartiger Modell-

<sup>1)</sup> Regierungserklärung 1976 (Sonderdruck), Ziff. 37 (S. 31 f.).

<sup>2)</sup> Die Bundesregierung hat jüngst im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung mehrere alternative Modellrechnungen bis zum Jahr 2030 (und eine weiterführende Rechnung sogar bis zum Jahr 2070) vorgelegt, denen unterschiedliche Annahmen über das Fruchtbarkeitsniveau in den nächsten Jahrzehnten zugrunde liegen. Auf das recht umfangreiche Datenmaterial kann hier verwiesen werden. Vgl. BT-Drucksache 8/680.

*Dem Beitrag liegt im wesentlichen ein Vortrag zugrunde, den der Verfasser im vergangenen Dezember auf Einladung des neu errichteten österreichischen Instituts für Demographie in Wien in Verbindung mit seiner Lehrtätigkeit an der Ruhr-Universität Bochum gehalten hat. Zur Ergänzung dieses persönlichen Diskussionsbeitrags wird auf die angegebenen weiterführenden Arbeiten — auch des Veri. — verwiesen.*

rechnungen erzwungen haben. Skeptiker könnten gar versucht sein zu sagen, das einzige, was aus diesen amtlichen Bevölkerungsvoraussetzungen mit Sicherheit entnommen werden könne, bestehe in der Erkenntnis, daß die tatsächliche Entwicklung so wie angegeben jedenfalls *nicht* verlaufen werde.

Dennoch bilden diese Vorausberechnungen eine unentbehrliche Grundlage für weiterführende Überlegungen zu einer politisch-gestaltenden Beeinflussung der sich abzeichnenden Entwicklungsmöglichkeiten. Um so wichtiger erscheint es dann, die derartigen Voraussetzungen zugrunde liegenden Annahmen immer wieder auf ihre Realitätsnähe zu überprüfen. Dies macht angesichts der engen Verflochtenheit der einzelehelichen Entscheidungen über die jeweilige Kinderzahl mit zahlreichen Einflußfaktoren auf der Mikroebene der Familie und einem ganzen Kranz von Bedingungsfaktoren auf der Makroebene von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur einen interdisziplinären Ansatz erforderlich, der für die moderne Bevölkerungswissenschaft charakteristisch ist. Diese sucht über die praktische Messung von Bevölkerungsvorgängen hinaus gerade deren soziale und politische Ursachen zu erklären.

### **Bevölkerungsbewegung auch ein politisches Problem**

Auch das, was man die „natürliche“ Bevölkerungsbewegung nennt (zum Unterschied von den Wanderungsbewegungen, deren Steuerung prinzipiell ebenfalls Gegenstand einer Bevölkerungspolitik ist), ist keine „Naturkonstante“, die unbeeinflussbar wäre, sie ist (begrenzt) gestaltbar und damit veränderbar. Denn die einzelehelichen Entscheidungen im generativen Bereich hängen maßgeblich auch von den gesellschaftlichen Lebensumständen ab, die ihrerseits in erheblichem Umfang der politisch-gestaltenden Beeinflussung zugänglich sind. Gerade für eine Bevölkerungspolitik in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen liegen hier die entscheidenden Ansatzpunkte: Nicht um Praktiken, die die individuelle Entscheidungsfreiheit außer Kraft setzen, kann es gehen, sondern nur darum, auf den äußeren Handlungsrahmen der einzelnen Familien mit dem Ziel einzuwirken, daß das generative Verhalten der einzelnen bei grundsätzlich freier Entscheidung im Ergebnis zu einer gesamtgesellschaftlich als vertretbar und vernünftig angesehenen quantitativen Bevölkerungsentwicklung führt.

Bei allen Abwandlungen im einzelnen kommen drei Grundrichtungen der Entwicklung in Betracht: ein Bevölkerungswachstum, ein Bevölkerungsrückgang oder ein über den Zeitablauf hinweg etwa gleichbleibender Bevölkerungsbestand. (Bei letzterem Entwicklungsverlauf muß selbstverständlich in der Realität immer wieder mit gewissen Abweichungen von den demographischen Bedingungen des reinen Modells einer „stationären Bevölkerung“ gerechnet werden.)

Wie die bisherigen Diskussionen in der Bundesrepublik, aber auch auf europäischer Ebene zeigen, ist der Prozeß der Zielfindung noch in vollem Gange; er ist in der politischen Diskussion noch weit weniger abgeschlossen als in der wissenschaftlichen, wo zwar gleichfalls unterschiedliche Zielpräferenzen anzutreffen sind, indessen eine wachsende Zahl von Autoren in jüngerer Zeit eine Annäherung an ein Quasi-Nullwachstum (i. S. der Orientierung an den Bedingungen einer in etwa stationären Bevölkerung) befürwortet. Aber selbst bei einer klaren (und auch auf ihre Verwirklichung hin empirisch überprüfbar) Zielsetzung stellt sich sogleich die Frage nach dem *zielkonformen Mitteleinsatz*: Es geht darum, was in den verschiedenen politischen Handlungsfeldern zu tun — oder zu unterlassen ist. Es gilt also auch der Frage nachzugehen, inwieweit auf die Bevölkerungsentwicklung tatsächlich nicht auch dann eingewirkt wird, wenn die Politik in punkto Struktur und Entwicklung der Bevölkerung auf bewußte Maßnahmen verzichtet und scheinbar „abstinente“ ist. Beim Bemühen um ein explizites Ziel-Mittel-Konzept ist weiter zu fragen, was überhaupt wirksam getan werden *kann*. Die Meinungen gehen hier noch sehr auseinander; es überwiegen eher skeptische Positionen, jedenfalls sofern es um gezieltes und mehr oder minder isoliertes Einwirken auf das generative Verhalten auf der Mikroebene der Familie geht. Es muß aber auch gefragt werden, was in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung überhaupt getan werden *darf*. Die geschichtliche Erfahrung liefert gerade in unserem Lande höchst bedenkliche Beispiele, die eine unbefangene Diskussion über die Probleme der Bevölkerungsentwicklung lange Zeit sehr erschwert haben.

Mit dem Problem des möglichen und vertretbaren Mitteleinsatzes eng verbunden ist die Frage, wer die angemessen erscheinenden Maßnahmen ergreifen soll, wer also nicht nur zielbewußt, sondern auch in Kenntnis und Würdigung der Wirkungsweise bestimmter

Maßnahmen handeln soll. Hier wird von vornherein an eine mehrgliedrige Träger-schaft zu denken sein. So sehr Fragen der Bevölkerungsentwicklung und ihrer Rahmen-steuerung auf gesamtstaatliche Verantwort-lichkeiten zurückverweisen, so wenig wird bei zahlreichen Maßnahmen — etwa für eine familien- und kinderfreundliche Umweltge-staltung und eine betont familien- und kind-bezogene soziale Infrastrukturpolitik — auf Aktivitäten auf kommunaler Ebene verzichtet werden können. Andererseits müßte es in einem politisch mehr und mehr zusammen-wachsenden Europa höchst fragwürdig er-scheinen, wollte man Fragen der Bevölke-rungsentwicklung und -politik nur in nation-alstaatlichen Kategorien angehen. Eine sol-che Sicht reicht weniger denn je aus, auch wenn Beratungen auf europäischer Ebene noch jüngst gezeigt haben, daß „die Kompliziertheit der Zusammenhänge zwischen demo-graphischen und wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Variablen und die sich bei den bevölkerungspolitischen Zielsetzungen ergebenden Unterschiede es noch nicht er-lauben, eine gemeinsame Bevölkerungspolitik für ganz Europa festzulegen“<sup>3)</sup>.

Eine weitere Frage ist, wer von bevölke-rungspolitischem Handeln *betroffen* sein soll bzw. — was keineswegs notwendig identisch sein muß — wer im Ergebnis davon wirklich betroffen sein wird. Was hier dringlich er-scheint, ist eine überzeugende Differenzierung der Maßnahmen nach unterschiedlichen Adressatengruppen.

So läßt sich die Grundfrage nach einer Bevöl-kerungspolitik auflösen in eine Reihe von Teilaspekten, die sich wie folgt zusammenfas-sen lassen: *Wer soll was mit welchem Ziel und mit Wirkung auf welche Betroffenen tun?* Bei der schlaglichtartigen Verdeutlichung der einzelnen Probleme wurde bereits einsichtig, wie dringlich auch der Beitrag von sozial- und insbesondere bevölkerungswissenschaftlicher Seite ist, wenn das bevölkerungspoliti-sche Handeln in die allgemeine Gesellschafts-

politik wirksam integriert und auch insoweit dem Anspruch auf mehr Rationalität politi-schen Handelns genügt werden soll<sup>4)</sup>.

### Das Legitimationsproblem

Nun könnte freilich eingewandt werden, es sei hier unzulässigerweise von der Prämisse ausgegangen worden, daß das „Ob“ einer politisch-gestaltenden Beeinflussung der quan-titativen Bevölkerungsentwicklung gar nicht in Frage stehe.

In der Tat liegt den folgenden Überlegungen die Vorentscheidung zu Grunde, daß eine Rahmensteuerung des quantitativen Bevölke-rungsprozesses — und zwar nicht nur der grenzüberschreitenden Wanderungsbewegun-gen, sondern auch der natürlichen Bevölke-rungsbewegung — eine Aufgabe bildet, die in den hochindustrialisierten, in Teilbereichen vielleicht schon „postindustriellen“ europä-ischen Gesellschaften auf Dauer gestellt ist. Dieser Auffassung liegt folgende Basisannah-me zugrunde: Es gibt keinerlei Gewähr für ei-nen automatischen Ausgleich von Geburten- und Sterberate. Im Gegenteil: Ein vorüberge-hend durchaus mögliches „Gleichgewicht“ muß als ausgesprochen *labil* gelten. Damit verbindet sich die Einsicht, daß zahlreiche politische Maßnahmen — meist sogar unbewußt und unreflektiert — *bevölkerungsrele-vant* sind. Wenn aber durch staatliches Han-deln — so oder so — auf den Bevölkerungs-prozeß eingewirkt wird, dann sollte dies auch bewußt, planvoll und zielgerichtet geschehen. In dieser Sichtweise erscheint es sogar höchst bedenklich, die aus den unterschiedlichsten Gründen zustande kommende Beeinflussung des Bevölkerungsprozesses einfach hinzuneh-men, statt sie systematisch auf ihre Gesamt-auswirkung auf die Lebenssituation des ein-zelnen, auf die Strukturen der Gesellschaft und die Stellung des Menschen in ihr sorgfältig zu untersuchen und gegebenenfalls politisch auf sie zu reagieren.

<sup>3)</sup> Vgl. die Schlußfolgerungen des Arbeitsseminars des Europarats über die Auswirkungen einer stationären oder rückläufigen Bevölkerung in Europa (Sept. 1876), Concl. SEM/PS (76) 1 v. 10. 9. 1976; siehe auch den zusammenfassenden Bericht abgedr. in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, H. 3/ 1976, S. 118 ff.

<sup>4)</sup> Siehe dazu auch vom Verf.: Die Notwendigkeit bevölkerungspolitischer Zielvorstellungen für eine rationale Gesellschaftspolitik, in: F.-X. Kaufmann (Hrsg.), Bevölkerungsbewegung zwischen Quanti-tät und Qualität, Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1975, S. 133 ff.

## II. Ziele und Leitbilder einer Rahmensteuerung

Zum weiteren Einstieg in die damit etwas aufgefächerte Thematik erscheint eine Bemerkung des amerikanischen Bevölkerungswissenschaftlers Charles F. Westoff besonders geeignet, mit der er seinen Beitrag über die USA in dem von B. Berelson (Population Council) herausgegebenen Sammelband über die Bevölkerungspolitik in entwickelten Ländern schließt: „Vielleicht entwickelt sich Bevölkerungspolitik in dem expliziten Sinne des Begriffs nur dann, wenn es sich zeigt, daß das Verhalten der einzelnen und die Wohlfahrt der Gesellschaft beträchtlich auseinandergelassen („when the behavior of individuals and the welfare of society are seen as markedly divergent“)<sup>5)</sup>.

Damit ist ein zentraler Aspekt der bevölkerungspolitischen Problematik präzise angesprochen. Fragt man nun speziell im Blick auf das generative Verhalten, worin eine solche Diskrepanz zum Ausdruck kommen kann, so lassen sich grundsätzlich zwei deutlich verschiedene demographische Situationen unterscheiden:

(1) Einmal ein relativ hohes Fruchtbarkeitsniveau in den Familien mit der Folge eines starken Bevölkerungswachstums der betreffenden Gesellschaft, *obwohl* ein geringeres Wachstum der Bevölkerung für die Entwicklung des Landes und für die Wohlfahrt aller günstiger wäre. Dies entspricht den Gegebenheiten in zahlreichen Ländern der Dritten und Vierten Welt.

(2) Zum anderen exzeptionell *niedrige* Fruchtbarkeit, obgleich dadurch das Wohl der Gesellschaft und auf Dauer gesehen auch die Entwicklungsbedingungen des einzelnen negativ beeinflusst werden.

Für einige Länder in Mittel- und Westeuropa stellt sich inzwischen die Frage, inwieweit sie sich gegenwärtig auf ein solches zu niedriges Fruchtbarkeitsniveau hinbewegen. In der deutschen Bevölkerung z. B. liegt es z. Z. bereits um etwa 35% niedriger als auf längere Sicht zur Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderlich. In den jungen Ehen ist die zu erwartende durchschnittliche Kinderzahl auf 1,4 gesunken.

Ch. F. Westoff trifft seine Feststellung offensichtlich im Hinblick auf die Vereinigten

Staaten, wo eine in den letzten Jahren noch größer gewordene individuelle Freiheit der einzelnen Paare in der Kontrolle über ihre Fruchtbarkeit zu einem deutlichen Rückgang der Fruchtbarkeit geführt hat. Angesichts des noch immer anhaltenden Bevölkerungswachstums in den USA, das dort noch immer durch eine relativ starke Zuwanderung zusätzlich begünstigt wird, begrüßt er im Prinzip diesen Rückgang; er ist für ihn sogar Ausdruck dafür, daß das Verhalten der einzelnen (Paare) mit der Wohlfahrt der Gesellschaft in der gegebenen historischen Situation eher konvergiert. In einer Reihe von europäischen Ländern zeichnen sich indessen deutlich andere Entwicklungen ab, die das, was bei Westoff mehr eine Denkmöglichkeit ist, dort eher als Realität erscheinen lassen. Dies hat unterschiedliche Konsequenzen für die Grundeinstellung zu einer Rahmenplanung des Bevölkerungsprozesses.

Im Hinblick auf die eingangs bereits angesprochenen Zielalternativen wird eine möglichst klare Entscheidung zu treffen sein, und wenn sie in einem demokratischen Rückkopplungsprozeß zu den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern und den gesellschaftlichen Gruppen getroffen ist, sollte sie auch deutlich vertreten werden. Schon die klare Herausstellung eines ausreichend konkretisierten quantitativ-bevölkerungspolitischen Zieles ist ein Stück „Bevölkerungspolitik“.

### Stabiles Quasi-Nullwachstum als Ziel?

Zur bevölkerungspolitischen Zielbestimmung wird hier von der folgenden Grundthese ausgegangen: Für die westeuropäischen Industriegesellschaften erscheint weder ein unbegrenztes weiteres Wachstum noch ein radikaler Schrumpfungprozeß vertretbar; durch Ausschluß dieser Negativziele und unter Berücksichtigung der durchweg negativen Folgen starker und abrupter Schwankungen in der Bevölkerungsentwicklung ergibt sich umgekehrt als zu favorisierendes Ziel für die absehbare Zukunft die *größtmögliche Annäherung an ein stabiles (Quasi-)Nullwachstum* (wie etwa H. Schubnell und H. Wander es nennen). *Stetigkeit* der Entwicklung muß dabei als ein wichtiges Prinzip gelten.

Dieses Ziel erscheint vernünftig im Hinblick — auf die bereits erreichte Bevölkerungsdichte,

<sup>5)</sup> Ch. F. Westoff, Beitrag „USA“, in: B. Berelson (Hrsg.), Population Policy in Developed Countries, New York 1974, S. 756.

— auf menschenwürdige, der „Lebensqualität“ des einzelnen förderliche Bedingungen des Zusammenlebens sowie

— auf die wünschenswerte menschliche Verhaltensfreiheit.

In der gegenwärtigen bevölkerungswissenschaftlichen und -politischen Diskussion scheint die Zielvorstellung eines möglichst stabilen Quasi-Nullwachstums sich mehr und mehr durchzusetzen. An dieser Stelle sei freilich daran erinnert, daß eine solche Zielbestimmung sich wohl kaum wissenschaftlich als „richtig“ beweisen läßt. Sie hängt offensichtlich von grundlegenden gesellschaftlichen Wertentscheidungen ab, d. h., es gehen notwendig vorwissenschaftliche Wertungen in sie ein. Eine solche Zielvorstellung, wie immer sie im einzelnen aussehen mag, ist indessen vom jeweiligen Menschen- und Gesellschaftsverständnis her begründbar. Gerade auch dadurch erweist sich eine auf diese spezifische Zielsetzung ausgerichtete Bevölkerungspolitik als integrativen Teil einer Gesellschaftspolitik <sup>6)</sup>.

In diesem Zusammenhang erscheint die begriffliche Unterscheidung zwischen Zielen und Leitbildern, wie sie in der einschlägigen wissenschaftlichen Diskussion zur Sozialpolitik gemacht wurde, auch in der Bevölkerungspolitik als zweckmäßig. Unter Zielen der Bevölkerungspolitik wären bestimmte programmspezifische Entwicklungen, die sich auf Bevölkerungsstand und -entwicklung beziehen, zu verstehen. In der Bevölkerungspolitik wirksame Leitbilder wären demgegenüber allgemeinere Vorstellungen, wie etwa über die wünschenswerte Gesellschaft, ihre Ordnung und die Stellung der Person in ihr. Ziele erweisen sich damit als sachbereichsspezifische Konkretisierungen von Leitbildern.

### Gesellschaftliche Wertorientierungen

In diesem Sinne bedarf auch die in der vorstehenden Grundthese vorgestellte Zielsetzung der Rückbindung an das bereichsübergreifende Leitbild, an die zentralen gesellschaftlichen Wertorientierungen. Dies kann hier nur angedeutet werden: Als solche — im wechselseitigen Zusammenhang stehende —

<sup>6)</sup> Im einzelnen sei verwiesen auf die Arbeit des Verf.: Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Urban-Taschenbücher Bd. 509, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1975 (mit Bibliographie und Dokumentationsanhang). — Siehe dazu auch „Das Parlament“, Nr. 20 vom 21. 5. 1977, S. 15.

Grundwerte des Rechts- und Sozialstaates gelten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

— *Freiheit* beinhaltet dabei das Recht auf persönliche Entfaltung (also auch in der persönlichen Entscheidung bei der individuellen Familienplanung) — freilich in den Grenzen, die durch die Forderung der Solidarität und der Gerechtigkeit gezogen werden —, das Recht auf Eigenverantwortung sowie das Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten. Dies gilt dann z. B. auch für die Position der Frau bei den innerehelichen Entscheidungen in generativer Hinsicht; nach dem „Weltbevölkerungsaktionsplan“ (WPPA) von 1974 sollte der Grundsatz der Gleichheit nicht zuletzt in der Familienplanung voll zur Geltung kommen <sup>7)</sup>, wo beide Ehegatten für das Wohlergehen der übrigen Familienmitglieder Sorge tragen sollten (als auch wechselseitig füreinander).

— *Solidarität* hebt ab auf die Verpflichtung des einzelnen zu wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Kooperation und zu gemeinsamer Lastenverteilung; aus ihr erwachsen für jeden Pflichten gegenüber dem Mitmenschen und gegenüber der Gesellschaft (also grundsätzlich auch im Hinblick auf das eigene generative Verhalten).

— *Gerechtigkeit* schließlich meint vor allem den durch den Staat zu gewährleistenden Ausgleich zwischen Freiheit und Gleichheit aller Bürger; sie verwirklicht die Freiheit des einzelnen dadurch, daß ihm gleiche Rechte und gleichwertige Lebenschancen in der Gesellschaft eröffnet werden (z. B. dem Kind aus einer größeren Herkunftsfamilie ebenso wie dem Kind aus der Ein- oder Zwei-Kinder-Familie).

Wo immer diese Verknüpfung der bevölkerungspolitischen Ziel-Mittel-Alternative mit

<sup>7)</sup> Noch deutlicher wird dieser Zusammenhang in einer Denkschrift des Ökumenischen Rats der Kirchen vom Nov. 1973 zum Thema „Bevölkerungspolitik, soziale Gerechtigkeit und die Qualität des Lebens“ wie folgt angesprochen (unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Frau): „Die Auseinandersetzung mit bevölkerungspolitischen Problemen, die sich aus dem Bevölkerungswachstum ergeben, fordert letztlich von beiden Eheleuten, daß sie das Prinzip verantwortlicher Elternschaft anerkennen und danach handeln. Dies impliziert sowohl die Anerkennung eines fundamentalen Menschenrechts wie auch die Pflicht, die Auswirkungen zu berücksichtigen, die das negative Verhalten des einen (d. h. Ehepartners, eig. Anm.) auf den Freiheitsraum des anderen hat.“

der bereichsübergreifenden gesellschaftlichen Ordnungsvorstellung überzeugend hergestellt wird, stellen sich Bevölkerungsstand und -entwicklung nicht als ein Eigenwert dar; wohl aber erscheint die Bevölkerungsentwicklung als eine grundlegende Voraussetzung für die Realisierung ganz bestimmter

Wertsetzungen, wie sie im gesellschaftspolitischen Leitbild ihren Niederschlag finden. Eben damit wird zugleich der *instrumentelle Charakter* einer nicht „um ihrer selbst willen“ betriebenen Bevölkerungspolitik sichtbar. Letztere erweist sich zugleich als Gesellschaftspolitik.

### III. Bedingungsfaktoren des veränderten generativen Verhaltens

Das Dilemma ist offensichtlich: Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das generative Verhalten der vielen einzelnen Paare dem Wohl der Gesellschaft insgesamt zuwiderläuft; und doch wird man andererseits auch bei Vorliegen solcher Diskrepanzen das generative Verhalten der einzelnen aus ihrer Sicht nicht einfach als unvernünftig qualifizieren dürfen. Dies folgt aus einigen Überlegungen, wie derartige Diskrepanzen erklärt werden können. Dazu bietet es sich an, an die jüngste Diskussion über die Ursachen des starken Geburtenrückgangs anzuknüpfen. Hier interessieren nicht die Gründe, die in der demographischen Struktur selbst zu suchen sind (wie etwa Altersstruktur, Dichte der Besetzung der Heiratsjahrgänge, Veränderungen der Heiratshäufigkeit). Diese Faktoren können in ihrem Gewicht für die Geburtenentwicklung etwa in der Bundesrepublik seit der Mitte der sechziger Jahre auf weniger als ein Drittel veranschlagt werden. Was in diesem Zusammenhang von Belang ist, sind vielmehr die Beweggründe für die sehr viel schwächer gewordenen Kinderwünsche in den Ehen. Diese Gruppe der sogenannten nicht-demographischen Faktoren hat die bisherige rückläufige Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik mit dem ausschlaggebenden Gewicht von etwa 70 % bestimmt.

Noch eine weitere Vorbemerkung ist nötig: Die Einsicht in die wirklichen Ursachen der starken Veränderungen des generativen Verhaltens in einer für die europäischen Industriegesellschaften durchweg neuartigen Phase ihrer demographischen Entwicklung ist bisher noch sehr begrenzt. Um die verschiedenen Faktoren in ihrem Einfluß auf die Fortpflanzung näher bestimmen zu können, müßten die Vorgänge im Makrobereich der Bevölkerung erklärt werden aus den Entscheidungen im Mikrobereich der Familien — unter Beachtung der wechselseitig wirkenden Faktoren des Mikro- und Makrobereichs. Bisher

fehlt jedoch eine Theorie, die individual- und gruppenpsychologisch fundiert eine solche Erklärung liefern könnte<sup>8)</sup>.

Damit ist von vornherein eine wichtige Einschränkung in der z. Z. möglichen wissenschaftlichen Grundlegung bevölkerungspolitischen Handelns bezeichnet: Läßt sich doch Wirklichkeit nur in dem Maße gezielt gestalten, in dem sie zureichend erklärt werden kann.

Die bevölkerungswissenschaftliche Forschung der letzten Jahre hat aber andererseits doch zu einer Reihe von bedeutsamen (Teil-)Einsichten geführt<sup>8a)</sup>. So läßt sich ein *Syndrom von Faktoren* hervorheben, denen offensicht-

<sup>8)</sup> Auf diese Zusammenhänge hat schon sehr früh und eingehend H. Schubnell hingewiesen und das sehr vielschichtige und komplizierte Geflecht von Ursachen- und Wirkungszusammenhängen herausgearbeitet. Siehe dazu u. a. H. Schubnell, *Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland*, Schr.Reihe des BMJFG, Bd. 6, Bonn 1973, sowie ders., *Gesetzgebung und Fruchtbarkeit*, Bd. 2 der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), Stuttgart 1975, bes. S. 47 ff. — Auch speziell Rechtsbestimmungen, die die Fruchtbarkeit beeinflussen könnten, bilden nur einen unter zahlreichen möglichen Einflußfaktoren auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene; stärker als Rechtsbestimmungen wirken offensichtlich sozio-ökonomische Faktoren auf das generative Verhalten des einzelnen ein.

<sup>8a)</sup> Als weiterführender Literaturhinweis zum Punkt Ursachenerklärung des Geburtenrückgangs sei z. B. verwiesen auf: G. Feichtinger, *Determinanten und Konsequenzen des Geburtenrückgangs*, in: *Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft*, Schr. des Vereins für Socialpolitik, Bd. 92, hrsg. von B. Külp und H.-D. Haas, Berlin 1977. — H. W. Jürgens und K. Pohl, *Kinderzahl — Wunsch und Wirklichkeit*, Schr. Reihe des Bundesinst. f. Bevölkerungsforschung, Bd. 1, Stuttgart 1975. — D. Kuhn, *Der Geburtenrückgang in Österreich*, Wien 1975. — R. Mackensen, *Das generative Verhalten im Bevölkerungsrückgang*, in: F.-X. Kaufmann (Hrsg.), *Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität*, Stuttgart 1975, S. 82—104. — J. Simóns, *Opinions and Attitudes — The Interpretation of Survey Data on Attitudes to*

lich eine vergleichsweise große Bedeutung und damit eine besondere „strategische“ Relevanz in bevölkerungspolitischer Sicht zukommt (ohne daß sich freilich bisher deren jeweiliges Gewicht ausreichend hätte quantifizieren lassen). Dieses „Syndrom“ läßt sich stichwortartig wie folgt charakterisieren (wobei sich die einzelnen Linien vielfach überschneiden):

### Kinderwunsch und alternative Lebensentwürfe

(1) Es sind offensichtlich Wandlungen in den wert- und sinnbesetzten Lebensentwürfen des einzelnen eingetreten, wobei „Kinder-Haben“ (insbesondere eine größere Kinderzahl) in einem breiter gewordenen Ansatz konkurrierender Sinngehalte des Lebens und alternativer Lebensentwürfe relativ an Bedeutung einbüßt. Damit im unmittelbaren Zusammenhang steht ein verändertes Selbstverständnis und Rollenbild der Frau, mit mehr oder minder korrespondierenden Wandlungen in der Einstellung des Ehemannes zur Rolle der Frau. Die Aufgabe als Mutter wird nur als eine unter mehreren Aufgaben der Frau verstanden. Mutteraufgaben geraten für sie mehr und mehr in Konkurrenz mit einem Angebot an ebenfalls Selbstbestätigung bietenden weiteren Möglichkeiten neben „Kinder-Haben“ — Möglichkeiten, die heute eine zugängliche Realität darstellen und Berufswünsche außerhalb der Familie sogar erst auslösen können. (Dabei gilt es zu sehen, daß die Entscheidungen über die tatsächliche Kinderzahl in der Familie weithin stärker von der

Frau als vom Mann getragen werden.) Das Angebot an Alternativen, die „Kinder-Haben“ nicht notwendig ausschließen müssen, aber doch in seiner lebenssinnstiftenden Bedeutung tendenziell relativieren, kann dabei freilich erst deshalb eine so tiefgreifende Konkurrenzsituation begründen, weil gleichzeitig die Fragiligkeit des „Kinder-Habens“ für verheiratete Paare schwindet — wie auch deutlich der Anstieg der Quote der nicht aus medizinischen Gründen zeitlebens kinderlos bleibenden Ehen in den letzten Jahren zeigt. Damit wird „Kinder-Haben“ stärker einer subjektiven Beliebigkeit unterworfen.

(2) An dieser Stelle wäre weiter zu fragen, inwieweit mit dem drastischen Fruchtbarkeitsrückgang der letzten Jahre nicht ein tiefer reichender geistiger Prozeß verbunden ist, der sich etwa wie folgt andeuten ließe: Generatives Verhalten rückt — wie anderes menschliches Verhalten auch — tendenziell aus umgreifenderen, überindividuellen, „objektiven“ Sinnbezügen mit Forderungscharakter gegenüber dem einzelnen heraus. In den älteren gesellschaftlichen Kontexten war generatives Verhalten nicht ausschließlich dem subjektiven Ermessensspielraum des Individuums anheimgegeben. Es gab etwa einen durch religiöse Rückbindungen oder durch eine nationale Grundgestimmtheit charakterisierten Bezugsrahmen, aus dem heraus eine fruchtbarkeitsbejahende Grundeinstellung erwuchs. Ein Beispiel aus der Gegenwart ist der israelische Kibbuz, wo trotz starker Einbindung der verheirateten Frau in den Erwerbsprozeß gleichzeitig die Entscheidung zum Kind weithin selbstverständlich ist, allerdings durch ein betont kollektives Erziehungssystem auch erleichtert wird. Es besteht möglicherweise ein Zusammenhang zwischen dem generativen Verhalten und der Antwort auf die Grundfrage, ob der Gesellschaft ein überindividueller Sinn zukommt, der zugleich Maßstab für die Sinnerfüllung des einzelnen ist. Bei einer postulierten Einbeziehung des einzelnen in eine soziale Sinnerfüllung werden sich auch für das generative Verhalten deutlich andere Konsequenzen ergeben als bei solchen gesellschaftstheoretischen Grundpositionen, die einen überindividuellen Sinn von Gesellschaft bestreiten. Im ersteren Falle wird es übrigens auch kaum zu einer Diskrepanz zwischen individuellen Interessen der einzelnen Paare und dem Wohl der Gesamtheit kommen können.

---

Family Size, Beitrag für das Europarat-Seminar im Sept. 1976 über die Auswirkungen einer stationären oder rückläufigen Bevölkerung in Europa (Sem/PS [76] 8), Straßburg 1976. — H. Schubnell, Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland (Entwicklung, Ursachen und Auswirkungen), Schr. Reihe des BMJFG, Bd. 6, Bonn 1973. — Ders., Gesetzgebung und Fruchtbarkeit, Schr. Reihe des BIB, Bd. 2, Stuttgart 1975. — K. Schwarz, Entwicklung und Ursachen des Geburtenrückgangs, in: Joh. Gründel (Hrsg.), Sterbendes Volk?, Düsseldorf 1973, S. 9—36. — Ders., Überblick über die demographische Lage, Referat auf der Jahrestagung der Dt. Ges. für Bevölkerungswissenschaft, Frankfurt 1977 (hekt.). — Siehe auch die seit 1975 erscheinende Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, hrsg. vom BIB, mit verschiedenen Beiträgen, so in H. 1/1975: Kath. Pohl, Ergebnisse der Longitudinaluntersuchung „Generatives Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland“ — Charakteristika kinderloser Ehefrauen, S. 53—65.

## Kinderwunsch und gesellschaftliche Position des Kindes

(3) Unser Jahrhundert ist gerne als das „Jahrhundert des Kindes“ bezeichnet worden. Darin fand sicherlich das wachsende Bewußtsein vom Eigenwert der frühen Abschnitte des menschlichen Lebens seinen Niederschlag. Ist der Optimismus, der in dieser Bezeichnung zum Ausdruck kommt, wirklich noch berechtigt? Wenn der Eindruck zutrifft, daß die an Produktion und Konsum orientierten Industriegesellschaften in den Sog der „Revolution der steigenden Erwartungen“ geraten sind<sup>9)</sup>, dann ist eher der Schluß erlaubt, daß die Position des Kindes schwächer geworden ist. Denn diese Gesellschaften scheinen immer weniger bereit, den Erwartungen der Minorität „Kinder“ zu Lasten der Erfüllung eigener Erwartungen Rechnung zu tragen. Um so verständlicher wird dann andererseits der Ruf nach dem „kindergerechten Gemeinwesen“, nach der „kinderfreundlichen Umwelt“, nach den „kindergerechten Wohnbedingungen“. Die Rechte und Chancen des Kindes sind tagtäglich in einer Gesellschaft bedroht, die lautstark wie kaum eine zuvor die Rechte des Kindes proklamiert — bis hin zu supranationalen Erklärungen. Wird vielleicht gerade deshalb so viel davon gesprochen, weil die Sache selbst immer weniger zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens gehört?

Die „Revolution der steigenden Erwartungen“ läßt das Leben in Ehe und Familie nicht unberührt. „Kinder-Haben“ tritt unversehens in Konkurrenz mit einer Vielfalt anderer Erwartungen des einzelnen. Damit geht ein Wandel in der Einstellung zur Weitergabe des Lebens einher, wie er in der heute allseits anerkannten „Familienplanung aus verantworteter Elternschaft“ nur besonders augenfällig wird. Die Auffassung, Kinder mehr oder minder schicksalhaft zu empfangen, ist abgelöst von der willentlichen Bestimmung von Zahl und zeitlichem Abstand der Geburt der Kinder.

Ohne an dieser Stelle auf die deutlichen Veränderungen der Position des Kindes in der Familie wie in der Gesellschaft einzugehen, wie sie mit dem vielfach beschriebenen Wandel der sozialen und ökonomischen Strukturen und mit den Funktionswandlungen der

Familie einhergegangen sind, sei doch aus demographischer Sicht festgehalten, daß diese Veränderungen in ihrer Tragweite auch für eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung und -struktur kaum hoch genug veranschlagt werden können. Der ökonomische Rollenverlust des Kindes ist dabei nur ein Aspekt. R. Kurzrock bemerkt zu Recht: „In der Familie“ der Gegenwart ist das ‚ungewollte‘ Kind, nicht weniger als das ‚geplante‘, Ausdruck einer unvergleichlich neuen Daseinsorientierung.“<sup>9a)</sup>

## Kinderwunsch und Familiensituation

(4) Ein eng benachbarter Aspekt ist der — durch eine größere Kinderzahl durchkreuzte — Wunsch nach mehr Entwicklungsspielraum für die einzelnen Ehepartner (Tendenz der Individualisierung). Neben finanziellen Belastungen durch Kinder erweist sich hier besonders die Beanspruchung des Zeitbudgets der Mutter als hinderlicher Faktor. Auch die gestiegenen Ansprüche an die Lebensführung spielen eine Rolle. Sie können bei vielen Kindern und verlängerten Ausbildungszeiten nur schwer befriedigt werden. Mehrere Kinder in einer Familie belasten die „vagabundierende Kaufkraft“, die für die Erfüllung persönlicher Wünsche oberhalb des menschlichen Grundbedarfs zur Verfügung steht, und saugen sie in den unteren und mittleren Einkommen u. U. sogar völlig auf. Die beachtlichen Anhebungen der Realeinkommen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Zuge dieser Entwicklung auch die Normvorstellungen über den sozial-kulturellen Mindestbedarf sich verändern und die Familien mit mehreren Kindern fast immer in der Nachhut der Wohlstandskolonnen marschieren.

Im übrigen hat die Einkommensproblematik längst eine neue Dimension erhalten; den Wegfall des zweiten Erwerbseinkommens, sobald ein Elternteil, in der Regel die Mutter, zwecks Betreuung von kleineren Kindern aus der Erwerbstätigkeit ausscheidet, sei es nur vorübergehend oder sei es auf Dauer (z. B. wegen des schon vorgerückten Alters der Mutter oder wegen fehlender Möglichkeiten, den Anschluß an einen Wiedereintritt in den Beruf zu halten).

Zusätzliches Gewicht erhält der Aspekt „Kind als Kostenfaktor“ in dem Maße, in dem, wie oben ausgeführt, „Kinder-Haben“ von einer

<sup>9)</sup> Ruprecht Kurzrock in seinem Vorwort zu dem von ihm hrsg. Sammelbändchen über „Das Kind und die Gesellschaft“, Berlin 1973, S. 7.

<sup>9a)</sup> A. a. O., S. 8.

„fraglosen Selbstverständlichkeit“ zu einer möglichen Sinnerfüllung des Lebens wird. In der Diskussion über diesen Punkt wird darauf hingewiesen, daß Ehepaare mehr als „früher“ Kinder unter Kosten-Nutzen-Erwägungen betrachten und dabei relativ rasch zum Ergebnis gelangen, daß bei zwei oder doch bei drei Kindern die materiellen und immateriellen Belastungen schwerer wiegen als die Bereicherung durch Kinder. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die pointierte Feststellung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung<sup>10)</sup>. Es heißt dort zusammenfassend: „In weiten Kreisen unserer Bevölkerung dürfte sich die Vorstellung festgesetzt haben, daß nur eine recht kleine Kinderzahl mit den derzeitigen Leitbildern von persönlicher Freiheit, Selbstverwirklichung und Lebensstandard vereinbar ist.“

(5) Die veränderte Reaktion auf die Beanspruchung der Frau durch Kinder ist ein weiteres Moment, daß das generative Verhalten beeinflußt. Zur präziseren Erfassung des Problems erscheint es zweckmäßig, wie im Bereich der Arbeitswissenschaft eine Unterscheidung zwischen Beanspruchung und Belastung zu treffen.

*Beanspruchung* hebt ab auf objektive Kriterien, die sich im Prozeß der Betreuung und Erziehung der Kinder benennen und, wenn auch mit bestimmten Schwierigkeiten, gegeneinander abgrenzen und gewichten lassen. *Belastung* bezieht sich demgegenüber auf das subjektive Empfinden des einzelnen in einer Beanspruchungssituation, der er sich ausgesetzt sieht.

Der einzelne kann sehr „beansprucht“ sein, aber dennoch wenig „belastet“, wie er umgekehrt je nach seiner Belastungsempfindlichkeit trotz relativ geringer Beanspruchung sich besonders „belastet“ fühlen kann.

Diese Zusammenhänge erscheinen wichtig für die Frage des Wunsches der Frau nach einem (weiteren) Kind. Schon im ersten Familienbericht der Bundesregierung von 1968 wird dieser Aspekt angesprochen: Gestützt auf die Erhebung „Ehe und Elternschaft 1964“ konnte für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein enger Zusammenhang zwischen der „Belastungsempfindlichkeit“ und der Einstellung zur Familiengröße festgestellt werden. Der

Anteil der Befragten, die seinerzeit die Führung eines Haushalts mit drei kleinen Kindern für eine „nicht so schwere Arbeit“ hielten, entsprach größenordnungsmäßig der Gruppe, die eine Familie mit drei und mehr Kindern bejahten. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, daß Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht nur bei einer Aufgliederung nach der Wohnortgröße (mit steigender Wohnortgröße wurde die Aufgabe, einen Haushalt mit drei kleinen Kindern allein zu führen, immer häufiger als eine „sehr schwere Arbeit“ bezeichnet — Einfluß der Urbanisierung!) und nach der Berufsgruppe des Ehemannes auftreten, sondern auch bei einer Aufschlüsselung nach dem Alter der Ehepaare. So neigten jüngere Ehepaare oder Eltern unter 35 Jahren signifikant häufiger zu der Auffassung, ein Haushalt mit drei kleinen Kindern sei eine „sehr schwere Arbeit“ bzw. eine „kaum zu leistende Belastung“, als Eltern über 35 Jahre. Gerade dieser altersspezifische Aspekt gibt Anlaß zu der Frage, inwieweit sich hier nicht ein tendenzieller Anstieg in der allgemeinen Belastungsempfindlichkeit in den nachrückenden Altersjahrgängen andeutet.

(6) Für unsere Frage nach den Ursachen für die Veränderung des generativen Verhaltens ist von zentraler Bedeutung der mit dem Stichwort „Emanzipation der Frau“ bezeichnete Komplex. Es läßt sich kaum leugnen, daß zumindest in den ersten Lebensjahren des Kindes dessen eigene Bedürfnisse und Ansprüche einerseits und an sich berechnete Emanzipationsansprüche der verheirateten Frau andererseits deutlich auseinander gehen können. In ihrem Sachverständigenbericht zum Thema „Familie und Sozialisation“ (im Rahmen des 1975 veröffentlichten Zweiten Familienberichts) greift die Kommission u. a. den Konflikt zwischen den Betreuungsbedürfnissen des kleinen Kindes und etwaigen Emanzipationsbestrebungen der Mutter auf und stellt hierzu fest: „Da das Kind der schwächste Teil der Familie ist, bedarf es des besonderen Schutzes auch gegenüber den Emanzipationsforderungen der Eltern dann, wenn diese sich nur auf Kosten der Rechte des Kindes einlösen lassen.“<sup>11)</sup>

Es muß freilich nicht nur einen Schutz des kleinen Kindes gegen Emanzipationsforderungen der Eltern geben, sondern auch einen Schutz der heranwachsenden jungen Frau ge-

<sup>10)</sup> Vgl. BT-Drucksache 8/680 vom 24. 6. 1977, S. 2 f.

<sup>11)</sup> Zweiter Familienbericht, BT-Drucks. 7/3502, S. 76.

gen eine fehlgeleitete Emanzipationsvorstellung — fehlgeleitet auch deshalb, weil sie den Mann schlicht ausklammert. Hier wird man fragen müssen, ob — in durchaus verständlicher Reaktion auf vorausgegangene, sehr verfestigte Frauen- und Eheleitbilder — in der jüngeren Vergangenheit das Pendel nicht zum Teil in eine falsche Richtung ausgeschlagen ist.

H. Pross gibt in ihrer Untersuchung über nichterwerbstätige Ehefrauen einige bedeutende Hinweise auf den Mangel an Vorbereitung auf die Pflege- und Erziehungsaufgaben, der zugleich Defizite des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems enthülle. „Offenbar hat die richtige Einsicht, daß Jungen und Mädchen die gleiche Grundausbildung erhalten müssen, um für weitere Ausbildungen in gleicher Weise ausgerüstet zu sein, zu einer undifferenzierten Entrümpelung der Lehrpläne geführt: zur ersatzlosen Streichung von familienbezogenen Angeboten statt zu deren Neudefinition als Pflichtstudium für Mädchen und Jungen. Diese Art der Entrümpelung verrät ein fragwürdiges Verständnis von Emanzipation: einseitige Anpassung der Mädchenbildung an die Jungenbildung, und nicht eine Gleichstellung durch Anleitung der Jungen für zukünftige Familienfunktionen.“<sup>12)</sup>

(7) Beachtung verdient ferner — auch empirische Befunde deuten darauf hin — der Einfluß einer skeptischeren Beurteilung der Zukunftsperspektiven sowohl für die Ehepartner selbst als auch für ihre Kinder. Hier mag sich auch die Diskussion über das weltweite Bevölkerungsproblem auf das generative Verhalten in den westeuropäischen Industriegesellschaften mit auswirken. In diesem Zusammenhang wird man auch auf die verbreitete Scheu, ja sogar Angst vor langfristigen Bindungen hinweisen müssen, wie sie gerade das „Kinder-Haben“ verlangt. Wird hier nicht eine Parallele erkennbar zu der geringer gewordenen Bereitschaft, sich für eine lebenslange Bindung in der Ehe zu entscheiden? Hier werden Veränderungen bis in Tiefenschichten der menschlichen Person hinein sichtbar, die sich wohl nicht allein mit mangelnden Bindungserlebnissen in der eigenen Kindheit erklären lassen.

<sup>12)</sup> Helge Proß, Die Wirklichkeit der Hausfrau, Reinbek 1975, S. 71 f.

## Kinderwunsch und Familienplanung

(8) Inzwischen sind zahlreiche Hilfsmittel für eine Anpassung der tatsächlichen Kinderzahl an die individuell gewünschte und unter den gegebenen Bedingungen angestrebte Kinderzahl entwickelt worden. Auch eine heute deutlich veränderte Entscheidungssituation im Bereich des generativen Verhaltens ist hier zu erwähnen, die im Zusammenhang mit einer stärkeren Trennung von Zeugungssexualität und soziokultureller Sexualität (Wickler) gesehen werden kann. Das Neuartige dieser Situation ließe sich auf die etwas überspitzte Formel bringen: Während es in der Vergangenheit einer bewußten Entscheidung bedurfte, wenn ein (weiteres) Kind nicht geboren werden sollte, ist heute die bewußte Entscheidung für ein Kind eine Voraussetzung seiner Geburt.

(9) Für die Bundesrepublik kann auf aufschlußreiche Längsschnittuntersuchungen verwiesen werden, die über die Bedeutung von innerehelichen Strukturen und Partnerbeziehungen Aufschluß geben<sup>13)</sup>. Danach kann unter den Faktoren, die das generative Verhalten beeinflussen, die Auswirkung von unabhängigen Größen wie Einkommen, Bildungsgrad, Konfessionszugehörigkeit u. ä. immer weniger eindeutig bestimmt werden, während eine Reihe von subjektiven Momenten (individuelle Reaktion auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen) offenbar erheblich an Gewicht gewonnen haben. Objektiv erfassbare soziokulturelle Faktoren erhalten erst in Verbindung mit solchen psycho-sozialen Verhaltensweisen Bedeutung für das generative Verhalten. Auf veränderte Bedingungen der sozialen Umwelt der Familien antworten die einzelnen Ehepaare mit ihren Kinderwünschen viel empfindlicher, zugleich individueller und nachhaltiger als in früheren Generationen. So kann etwa in Reaktion auf verän-

<sup>13)</sup> H. W. Jürgens und K. Pohl, Kinderzahl — Wunsch und Wirklichkeit, Bd. 1 der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Stuttgart 1975. Nach den Motivationsuntersuchungen des BIB lassen sich selbst aus der Kombination sozio-kultureller Faktoren, isoliert betrachtet, nur begrenzt Rückschlüsse auf die Kinderzahl der Familien ziehen, während sich dagegen besonders Indikatoren innerfamiliärer Einstellungs- und Verhaltenstendenzen gut dazu eignen, um beispielweise Null- bis Zwei-Kinder-Ehen von Ehen mit drei und mehr Kindern zu unterscheiden.

derte soziale Umstände auf eine ursprünglich — etwa zu Beginn der Ehe — gewünschte Kinderzahl verzichtet werden (wie dies in Longitudinaluntersuchungen für die Bundesrepublik nachgewiesen und mit dem Ausdruck des „Ein-Kind-Schocks“ belegt worden ist<sup>14</sup>). Es kommt zu einer vorschnellen Anpassung der Ehepaare an veränderte Lebensbedingungen — vorschnell im folgenden Sinne: Statt daß von den elementaren Kinderwünschen der Ehepaare und der tatsächlichen Lebenssituation größerer Familien ein gesellschaftlich wirksamer „Druck“ zur familiengerechteren Gestaltung der Umweltbedingungen ausgeht, werden vielmehr umgekehrt familien- und kinderunfreundliche Lebensbedingungen weitgehend dadurch „verdeckt“, daß die einzelnen Ehepaare sich — latent durchaus vorhandene — Kinderwünsche versagen und sich an höchst unbefriedigende, auf familiäre Lebensbedürfnisse zu wenig abgestimmte Bedingungen des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems anpassen und diese dadurch im Grunde tendenziell noch „verfestigen“.

(10) Insgesamt steht hinter dem Geburtenrückgang offenkundig ein bemerkenswerter geistiger Prozeß mit Wandlungen im gesamten System der sozialen Normen, ja in der Einstellung zum menschlichen Leben überhaupt. Als Merkmale dieser tiefgreifenden Veränderungen wären auch zu nennen: ein ausgeprägtes Streben nach Sicherheit — auch nach sozialer Sicherheit — möglichst für das

ganze Leben; eine verbreitete Abneigung gegenüber persönlichem Risiko, die zusammen mit dem ausgeprägten Sicherheitsstreben zu spezifischen Erwartungshaltungen gegenüber dem Sozialstaat führt. Hinzu tritt ein gewisses Verlassenheitsgefühl, das in dem Maße zugenommen hat, wie ein in den herkömmlichen Ordnungsbezügen verankertes Geborgenheitsgefühl dahingeschwunden ist und auch trotz aller technischen und zivilisatorischen Fortschritte nicht wirklich erneuert werden konnte. Dieser veränderte geistige Habitus steht der Entscheidung für Kinder in mancher Hinsicht entgegen, bedeutet er doch die Übernahme vielfältiger Risiken, nicht voll kalkulierbarer Unwägbarkeiten und Belastungen, angefangen von der nicht ganz selbstverständlichen körperlichen, seelischen und geistigen Unversehrtheit des neugeborenen Kindes über Probleme der Beeinträchtigung des sozialen Status bis hin zu den in den pluralistischen Gesellschaften keineswegs leichter gewordenen Erziehungsaufgaben in der Familie, mit deren Bewältigung zusätzliche Verunsicherungstendenzen verbunden sind. Nicht ganz ohne Grund hat schon vor Jahren der Franzose Ch. Pegüy die Eltern die „größten Abenteurer des zwanzigsten Jahrhunderts“ genannt. Die Entscheidung für die Übernahme von Verantwortung für Kinder setzt ein gerütteltes Maß an Sicherheit bis in Tiefenschichten menschlicher Existenz voraus.

### Generatives Verhalten und Gesamtwohl

Mit dem vorstehenden Katalog wurde ansatzweise dargelegt, welche Veränderungen auf der persönlichen und gesellschaftlichen Ebene dazu führen können, daß zwischen der gesellschaftlich gewünschten Zahl von Kindern und deren individueller Wertschätzung eine mehr oder minder große Diskrepanz entsteht.

Nun könnte man einwenden, die einzelnen müßten ja letztlich die Beeinträchtigungen des Wohlergehens der Gesellschaft, von der sie selbst ein Teil sind, unmittelbar erfahren und von daher zu einer Verhaltenskorrektur gedrängt werden. Demgegenüber gilt es jedoch vor allem die für demographische Vorgänge so charakteristische „Langzeitwirkung“ zu bedenken. Nach dem „Gesetz demographischer Trägheit“ werden die heute im generativen Bereich fallenden Entscheidungen in ihrer vollen Tragweite erst in der

<sup>14</sup> H. J. Jürgens und K. Pohl, a. a. O., S. 89 ff. u. 102 ff. Die Longitudinaluntersuchungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung sind gerade auch im Hinblick auf den Komplex Kinderwunsch im Verhältnis zu Ausbildung, Berufstätigkeit und „Emanzipationsgrad“ der Frau von Interesse. Danach war im Beobachtungszeitraum bei Frauen mit mangelnder schulischer Ausbildung, die nicht oder nur in einfachen Tätigkeiten am Berufsleben teilnahmen, interessanterweise der stärkste Rückgang des ursprünglich höher liegenden Kinderwunsches nach der Geburt des ersten Kindes zu beobachten; Kinderwünsche, die bei der noch kinderlosen Frau bzw. bei dem Ehepaar im Durchschnitt bei 2,5 Kinder lagen, reduzierten sich hier nach den Erfahrungen mit dem ersten Kind auf 1,8 Kinder (einschließlich dieses ersten Kindes) und wurden dann auch weitgehend nur in dieser reduzierten Form realisiert. Dagegen zeigten Frauen mit besserer schulischer Ausbildung, die auch häufiger und in qualifizierteren Tätigkeiten am Berufsleben teilnahmen, einen deutlich geringeren Rückgang des Kinderwunsches nach der Geburt des ersten Kindes.

weiteren Zukunft sichtbar. In dem Zeitpunkt, zu dem diese Entscheidungen getroffen werden, kann ihre Bedeutung für die individuellen Lebensbedingungen nachfolgender Jahrgänge und Generationen kaum voll ermessen werden. Es muß daher mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß in sehr bedenklicher Weise über die Lebens- und Entwicklungsbedingungen nachfolgender Generationen vorentschieden wird, wobei diejenigen, die heute diese Vorentscheidungen treffen, mit den Konsequenzen selbst nicht mehr konfrontiert werden.

Das Schicksal künftiger Generationen wird nicht nur durch den Grad wirksamer Kontrolle weltweiten Bevölkerungswachstums nachhaltig bestimmt, sondern in den westeuropäischen Regionen auch dadurch, wie gut eine Rahmensteuerung des Bevölkerungsprozesses im Anschluß an den bisherigen „demographischen Übergang“ und die behutsame Abfederung eines in Teilregionen u. U. längerfristig durch-

aus vertretbaren leichten Bevölkerungsrückgangs (gleichsam im „Gleitflug“ und nicht im „Sturzflug“) gelingt. Wenn man ein Ziel wie die längerfristig mögliche Annäherung an ein stabiles Nullwachstum bejaht, muß eine Situation wie etwa gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland — gekennzeichnet durch ein Fruchtbarkeitsniveau in den jungen Ehen, das um ein Drittel unterhalb des einem solchen Ziel entsprechenden Niveaus liegt — deshalb besonders unbefriedigend erscheinen, weil sie, je länger sie anhält, tendenziell immer weiter von der Zielerreichung fortführt. Die mangelnde Transparenz des Zusammenhangs zwischen dem generativen Verhalten der vielen einzelnen Ehepaare und den Auswirkungen auf das längerfristige Wohlergehen der Gesellschaft kann dabei um so eher aufgehoben werden, je mehr es der demographischen Forschung und ihrer „Übersetzung“ in die praktisch-politischen Handlungsfelder gelingt, auch diese Wirkungszusammenhänge aufzuhellen und einsichtig zu machen.

#### IV. Gezielte Veränderung der Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens

Was ist nun im Falle einer mehr oder minder großen Diskrepanz zwischen dem generativen Verhalten der Individuen und der Wohlfahrt der Gesellschaft zu tun bzw. welche Fehlentwicklungen sind zu vermeiden?

Bloße ethische Appelle zu einem Verhalten, das sich betont auch an einer gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion ausrichtet, reichen sicherlich nicht aus, ja es gibt Autoren, die die Ansicht vertreten, daß die individuelle Familienplanung die für die Gesellschaft optimale Bevölkerungsentwicklung mit Sicherheit nicht in Betracht ziehen werde.

Die Sicherung einer der gesamtgesellschaftlichen demographischen Zielsetzung entsprechenden Geburtenentwicklung kann aber auch nicht den Personen überlassen werden, die aus ganz anderen Antriebsstrukturen heraus eine größere Kinderzahl haben und dabei oft große Opfer auf sich nehmen. Zu denken ist dabei etwa an Gruppen mit starken religiösen Bindungen. Fortpflanzung erscheint hier als eine Verpflichtung, die aus der von Gott gegebenen Schöpfungsordnung

hervorgeht und unter göttlichem Gebot steht. Auch jene — heute sicherlich sehr viel kleiner gewordenen — Kreise wären hier zu nennen, die gleichsam die „Thomas-Mann-Position“ vertreten, wie sie sich in der Grundeinstellung dieses Dichters nachweisen und auf die Formel bringen läßt: „Kinder hat man zu haben!“ Wenn es aber darum geht, individuelle und gesellschaftliche Ziele besser in Einklang zu bringen, darf das, was sich als gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit erweist, nicht eine Angelegenheit einzelner Gruppen bleiben.

Eine tragfähige Lösung des demographischen Problems kann in dieser Richtung nicht ernsthaft gesucht werden. Aber in welcher Richtung dann?

#### Ordnungspolitische Voraussetzungen

Was grundsätzlich gefordert ist, läßt sich dahin zusammenfassen: Es sind die Rahmenbedingungen für das generative Handeln so zu verändern, daß es dem einzelnen sinnvoll und auch ohne unzumutbare Abstriche bei ande-

ren Wertverwirklichungen möglich erscheint, sich so zu verhalten, wie es unter demographischem Blickpunkt für das Wohl der Gesellschaft förderlich ist. Aufgabe einer Bevölkerungspolitik könnte es gerade sein, einen — auch ordnungspolitisch abgestützten — Handlungsrahmen für das generative Verhalten der einzelnen zu schaffen, der geeignet erscheint, die angesprochene Diskepranz gar nicht erst entstehen zu lassen. Dabei kann festgehalten werden, daß das generative Verhalten sich als gesellschaftlich überformtes individuelles Verhalten zweier Menschen darstellt. Diese Überformung zeigt sich etwa darin, daß auch in diesem speziellen Verhaltensbereich bestimmte gesellschaftliche Wertsetzungen individuell übernommen und damit zu einer personalen Gegebenheit werden.

Grundsätzlich wird man nun in zwei Dimensionen planen müssen: Einmal geht es darum, Hindernisse wegzuräumen, wo immer solche einem an sich vorhandenen, aber durch vielfältige Lebensumstände „verschütteten“ Kinderwunsch der einzelnen Paare entgegenstehen. Zum anderen wird man es nicht bei einem solchen „Negativkatalog“ bewenden lassen dürfen, vielmehr die Frage stellen müssen, wie der Kinderwunsch selbst beeinflußt werden kann — gegebenenfalls werden muß, wenn eine vernünftige und im demokratischen Rückkopplungsprozeß gewonnene demographische Zielbestimmung anders nicht verwirklicht werden kann. Freilich müssen dabei alle Formen von Manipulation vermieden werden; aber nicht jede Einwirkung auf die Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens (und damit mittelbar auf dieses Verhalten selbst) ist bereits Manipulation — ebensowenig wie verantwortliches pädagogisches Einwirken. Entscheidend ist, daß stets die nötige *Transparenz* gewahrt bleibt.

Damit ist nun ein breites Spektrum nicht nur denkbarer, sondern auch praktikabler Maßnahmen bezeichnet, die im folgenden — nach einer allgemeinen Vorüberlegung — angesprochen werden sollen.

So sehr sich im Bereich der *Zielbestimmung* inzwischen gewisse Grundlinien und Konvergenzen in der Meinungsbildung abzeichnen, so wenig lassen sich bisher auf der Ebene des *Mittleinsatzes* überzeugende und bevölkerungswissenschaftlich abgesicherte konkrete Strategiekonzepte erkennen.

Wenn es aber zutrifft — und es gibt eigentlich keinen Grund, daran zu zweifeln —, daß die drastischen Veränderungen im generativen Verhalten nicht monokausal erklärbar sind, daß andererseits die zahlreichen Einflußfaktoren ein deutlich unterschiedliches Gewicht haben, dann folgt daraus immerhin für eine denkbare Strategie ein Zweifaches:

(1) Erforderlich ist ein ganzes Bündel aufeinander bezogener und sich einander in der Wirkung ergänzender Maßnahmen, die von der Wirtschafts- und Sozialpolitik über Schul- und Bildungspolitik bis zur Rechtspolitik reichen und die sich sowohl auf das sozio-kulturelle Feld (einschl. der öffentlichen Bewußtseinsbildung) beziehen wie auf die materiellen Lebensbedingungen der Familien. Das bedeutet den Verzicht auf die Vorstellung, dem anstehenden Problem ließe sich mit *einem* Allheilmittel wirksam begegnen.

(2) Es erscheint erforderlich, innerhalb eines solchen Maßnahmenbündels Schwerpunkte dort zu bilden, wo Einflußfaktoren getroffen werden, denen deutlich ein Vorrang zukommt.

### **Beispiele integrativ zu planender Rahmensteuerung**

Welche Maßnahmen und Mittel könnten nun im einzelnen geeignet sein, zu einer ausgeglicheneren demographischen Entwicklung nahe einem Quasi-Nullwachstum beizutragen? Zusammenfassend lassen sich die verschiedenen Handlungsfelder wie folgt skizzieren:

#### *Sozialpädagogisches Feld*

— Intensivere Information der Öffentlichkeit über die Ursachen und Folgen demographischer Veränderungen;

— Schärfung des Bewußtseins für die gesellschaftliche Relevanz der individuellen Entscheidungen über die Kinderzahl;

— Information insbesondere der nachwachsenden Generation über grundlegende demographische Zusammenhänge, was zurückverweist auf sozial- und bevölkerungswissenschaftliche Inhalte in schulischen Curricula;

— Hinwirken darauf, daß eine vernünftige Zielvorstellung über Bevölkerungsentwicklung als *ein* Orientierungsdatum für die individuellen generativen Entscheidungen angesehen wird;

— „Übersetzung“ dieser gesamtgesellschaftlichen Zielsetzung in „Muster differenzierter Kinderhäufigkeiten“ der Familien;

— pädagogische und beraterische Hilfen für eine Familienplanung aus verantworteter Elternschaft (einschl. humangenetischer Beratung);

— andererseits Verzicht auf Maßnahmen von sozial-institutioneller Seite, die dem „persönlichen Wollen“ der Ehepartner zuwiderlaufen;

— Anhebung des sozialen Status der Mutterschaft im öffentlichen Bewußtsein;

— gezielte Hilfen bei der Bewältigung der Probleme, die in der jungen Ehe weithin mit der Geburt des ersten Kindes verbunden sind, durch

Vorbereitung der verheirateten Frau auch auf die Rolle als Mutter und Trägerin von Sozialisationsleistungen,

Vorbereitung der Eltern auf die durch die Geburt des ersten Kindes veränderte sozio-ökonomische Situation,

Vorbereitung der Partner auf die mit der Geburt des ersten Kindes möglicherweise verbundenen Einstellungsänderungen im generativen Bereich,

Vorbereitung der Partner auf eine mit dem Übergang von der Ehe zur Familie im psychosozialen Bereich eingeleitete „sensible Phase“ (H. W. Jürgens und K. Pohl), in der die Partner sich gezwungen sehen, neue Verhaltensweisen zu lernen und bisherige Einstellungen zu revidieren;

— sozialpädagogische Verarbeitung der Bedeutung des Alters der Frau bei der Geburt des ersten Kindes und des zeitlichen Abstandes zwischen den Geburten;

— Vermittlung einer neuen Sicherheit der Eltern dem Kind gegenüber (als Aufgabe einer systematischen, von einer umfassenden Familienpolitik zu gewährleistenden Elternbildung), d. h. Abbau einer Unsicherheit, die aus nicht gelungener Bewältigung von Entwicklungsproblemen der Jugendlichen erwächst

und eine zusätzliche Zurückhaltung bei Erwachsenen fördern mag, die Verantwortung für eigene Kinder zu übernehmen.

### *Sozio-kulturelles Feld*

— In den verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern Durchsetzung des Prinzips der Orientierung am Kind und seinen Lebensbedürfnissen;

— Schaffung allgemeiner Bedingungen, die die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit der Frau und Mutterpflichten erleichtern;

— vermehrtes Angebot von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten; dies ist *nicht* in erster Linie Sache des *Staates*, der aber u. U. solche Angebote erleichtern kann;

— dem Bedarf gerecht werdendes Angebot von Einrichtungen zur Kleinkinderbetreuung, insbesondere für die erwerbstätigen Mütter;

— gezielter Abbau des Konfliktpotentials, das sich offenbar durchweg in allen Bevölkerungsgruppen aus der Kollision der Grundrechte der Frau auf Bildung einerseits und Eheschließung und Familiengründung andererseits bildet;

— Hinwirken auf Leitbildvorstellungen für Ehe und Familie, nach denen die Partner auch eine auf dem Egalitätsprinzip basierende Rollenverteilung in der Ehe befürworten und neuen Situationen flexibel und anpassungsbereit gegenüberstehen (ein besonders wichtiger Familientyp, in dem nach empirischen Befunden für die Bundesrepublik die Zwei-Kind-Norm deutlich überschritten wird).

### *Sozio-ökonomisches Feld*

— Sicherung ökonomischer Bedingungen, die die Geburt von Kindern auf der Basis gewollter Elternschaft begünstigen; Sicherung des ökonomischen Freiheitsspielraums gerade auch dort, wo Familien gern mehr Kinder hätten, als sie unter den gegebenen Bedingungen für vertretbar halten;

— Sicherung familien- und insbesondere kindgerechter Wohnbedingungen, besonders für junge Ehen und Aufbaufamilien, was eine verstärkte Integration sozialwissenschaftlicher Einsichten in die Lebensbedürfnisse des Kindes in die Wohnungspolitik voraussetzt;

— Ausbau einer familiengemäßen Einkommensgestaltung für Familien, in denen sich Eltern von ihren Lebensplänen her für ein zweites bzw. drittes Kind entscheiden möchten.

— einkommenspolitische Maßnahmen für die Familien, in denen durch Wegfall des zweiten Erwerbseinkommens mit Rücksicht auf die Versorgung kleiner Kinder eine empfindliche Beeinträchtigung der ökonomischen Basis des Familienhaushalts eintritt (Erziehungsgeld-Diskussion);

— Verbesserung des sozialen Status der Mutterschaft dadurch, daß die Jahre, die die Frau dem Aufziehen kleinerer Kinder widmet, im System der sozialen Sicherung anerkannt werden.

#### Sozial-medizinisches Feld

— Weiteres Bemühen um Senkung der allgemeinen Sterblichkeit;

— Ausschöpfen von noch bestehenden Möglichkeiten zur Senkung der Mütter- und Kindersterblichkeit.

— Bei unfreiwilliger Kinderlosigkeit gewinnen medizinische Hilfen und Erleichterungen bei der Adoption fremder Kinder besondere Bedeutung.

Insgesamt ist bei dem Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen, wie noch einmal betont sei, Wert darauf zu legen, daß in deren Anlage und Ausgestaltung zugleich bereichsübergreifende Leitbilder zur Geltung kommen. Damit wird einer wichtigen Einsicht Rechnung getragen: Nach bisherigen Erfahrungen in verschiedenen europäischen Industriegesellschaften ist der Wirkungsgrad von staatlichen Maßnahmen offensichtlich dann relativ niedrig einzuschätzen, wenn diese isoliert ergriffen werden und grundlegenden gesellschaftlichen Wertentscheidungen — etwa zum gewandelten Selbstverständnis der Frau — entgegenstehen. Von dem Maßnahmenbündel muß zugleich erwartet werden, daß dadurch prinzipiell als unerwünscht anzusehende Schwankungen in der Bevölkerungsentwicklung nicht noch (ungewollt) zusätzlich in Gang gesetzt oder verstärkt werden. Ebenso muß vermieden werden, daß angesichts vorhandener Schwankungen in der Bevölkerungsentwicklung intensivierte Maßnahmen einer Rahmensteuerung nicht überproportionale Gegenwirkungen auslösen, die zu neuen

unerwünschten Schwankungen führen. Damit werden im übrigen weitere wichtige Forschungsaufgaben bezeichnet.

#### Familienpolitik versus Bevölkerungspolitik?

Besonders eine *Familienpolitik*, die jenseits demographischer Zielsetzung die Erfüllung familialer Grundfunktionen zu optimieren sucht, gewinnt mittelbar eine geradezu strategische Bedeutung für die Rahmensteuerung des Bevölkerungsprozesses. Bei den hier vorschwebenden Umrissen eines bevölkerungspolitischen Entwurfs darf nicht Familienpolitik vorschnell auf „verkappte Bevölkerungspolitik“ reduziert werden; wohl aber sollte sich eine von der Familienpolitik zu unterscheidende (relativ) eigenständige Bevölkerungspolitik auf die bevölkerungsmäßigen Aus- und Nebenwirkungen einer entfalteten Familienpolitik mit abstützen.

Bevölkerungspolitik und Familienpolitik müssen ihrerseits in ein übergreifendes gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept eingebettet werden. Dazu noch einige Anmerkungen:

Es gibt die allgemeine Erfahrung, daß die *Erwartungen* des einzelnen besonders wichtig sind für eine Lebensentscheidung (so etwa für Berufsentscheidung, Sparentscheidung, Partnerwahl oder auch unternehmerische Investitionsentscheidung). Dieser allgemeine Befund darf sicherlich auf das Feld der *generativen Entscheidungen* übertragen werden. Dann aber wird ein restriktives generatives Verhalten dort verständlich, wo die jungen Ehepaare fast täglich mit sehr handfesten negativen Erfahrungen konfrontiert werden, die das Aufziehen und Erziehen von Kindern infolge von unzureichenden Plätzen in Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder, Schulstreßproblemen (mit „Müttern als Hilfslehrern der Nation“), Jugendarbeitslosigkeit und -kriminalität, jugendlicher Drogensucht u. ä. mit sich bringen können.

Umgekehrt wird man mit der Bejahung auch mehrerer Kinder durch junge Eltern um so eher rechnen können, als diese begründet erwarten können,

— daß ihr Bestreben, Kinder durch das Schulsystem hindurchzubringen, nicht an ein abenteuerliches Unternehmen grenzt, sondern ihnen erleichtert wird;

— daß ein guter Schulabschluß im Normalfall auch den Zugang zu den damit verknüpften weiterführenden Bildungswegen ermöglicht;

— daß sie in einer Zeit, in der der Status des Ungelernten immer weniger erwünscht erscheint, eine Lehrstelle für ihre Kinder finden werden;

— daß sie — bei aller Anerkennung des Selbstständigkeitsstrebens junger Menschen — nicht vorzeitig zur bloßen materiellen „Versorgungsbasis“ werden für das sich der elterlichen Lenkung oft früh entziehende Kind, sondern ihren elterlichen Erziehungsauftrag verantwortlich und auch mit Freude zu einem gewissen Abschluß führen können.

Schon aus diesem kurzen Katalog wird deutlich, wie sehr Bevölkerungspolitik mit der allgemeinen Sozialplanung und mit Maßnahmen in den verschiedensten Politikbereichen zur

Förderung der Entwicklungschancen des heranwachsenden (und des erwachsenen) Menschen verflochten sein müßte. Es ist eigentlich erstaunlich, wie wenig diese Zusammenhänge bisher gesehen werden und statt dessen immer wieder Zuflucht genommen wird zu punktuellen Einzelaktionen, von denen das „demographische Heil“ erwartet wird — mag dies nun ein Ebestandsdarlehen, eine Aufstockung von Kindergeldsätzen oder sonst etwas sein. Den Entwicklungsländern machen wir inzwischen eindringlich klar, wie sehr ihre Bemühungen um eine Senkung der Wachstumsraten ihrer Bevölkerungen in die allgemeine Sozialplanung und nationale Entwicklungspolitik integriert sein müssen. Steht unsere Politik nicht oft in der Gefahr, im eigenen Lande — nur mit umgekehrter Blickrichtung — in genau den Fehler zu verfallen, vor dem wir die Entwicklungsländer zu bewahren suchen?

## V. Schlußbemerkungen

Ein bevölkerungspolitischer Entwurf sollte von der freien und verantwortlichen Entscheidung der einzelnen im generativen Bereich ausgehen. Von daher verbieten sich, wie schon betont, alle manipulativen Momente, während verschiedenartige Formen der Beeinflussung legitim sind, wenn dabei die notwendige Transparenz und eine überlegte, freie und informierte Entscheidung gewährleistet bleiben. Mit einer Kombination von breiter und für alle Schichten gleichermaßen zugänglicher Familienplanungsberatung und gleichzeitiger wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Förderung der Familien wird daher gerade nicht einem — mit Recht in Verruf geratenen — Politikansatz der Vergangenheit gefolgt, der bei Nichterreichen des angestrebten Fruchtbarkeitsniveaus das Recht der Ehepaare, über Zahl und zeitliche Abfolge der Geburten zu entscheiden, mehr oder minder drastisch beschränkte. Defizite im Fruchtbarkeitsniveau dürfen nicht durch Abstriche am Prinzip der gewollten und bewußten Elternschaft ausgeglichen werden.

Die bisherigen Überlegungen haben nicht nur ein verhältnismäßig breites Spektrum von Möglichkeiten, sondern auch eine Reihe von Grenzen einer Rahmensteuerung der Bevölke-

rungsentwicklung sichtbar werden lassen. Die Zielsicherheit einer solchen Rahmensteuerung wird (noch) nicht allzu hoch eingeschätzt werden dürfen. Diese Feststellung darf allerdings nicht vorschnell zu der resignierenden Position verleiten, daß die „Steuerungsproblematik“ zu komplex und konkrete Lösungen noch nicht möglich seien (und als Ziel formuliert den Politiker vielleicht sogar einem höchst überflüssigen Erwartungsdruck aussetzen). Bei einer solchen Grundeinstellung würde ein wichtiger Sachverhalt verkannt: Es läßt sich in vielfältiger Hinsicht angeben, daß ganz bestimmte Bedingungen von Familie und Gesellschaft einem geburtenfreundlichen (bzw. geburtenunfreundlichen) Verhalten der einzelnen sehr viel zuträglicher sind als andere; es käme also darauf an, solche Einsichten möglichst umfassend zu bezeichnen und sich gezielt an ihnen zu orientieren — im Sinne einer Rahmensteuerung, die nicht den illusionären Anspruch erhebt, eine jederzeit nach Belieben mögliche „Feinsteuerung“ zu sein.

Richtig verstanden muß eine solche Rahmensteuerung, wenn sie wirksam sein will, vielfältige gesellschaftliche Reformen beinhalten; auch dies weist sie als einen Aspekt strukturgestaltender Gesellschaftspolitik aus. Damit ist

auf nachhaltige Wertekorrekturen ebenso verwiesen wie auf gezielte Veränderungen der soziokulturellen und sozialökonomischen Lebensbedingungen von Familien mit (mehreren) / Kindern, was zugleich eine grundlegende Neubewertung der Interessen des Kindes bedingt. Dabei gilt auch für eine bevölkerungspolitische Strategie, daß sie — das Ziel nicht aus dem Auge verlierend — aus einer Vielzahl von aufeinander abgestimmten Teilschritten wird bestehen müssen. Das verlangt Geduld und Zielstrebigkeit zugleich. Alfred Vierkandt hat einmal darauf hingewiesen, daß das Haus der Gesellschaft nie über Nacht abgerissen und neugebaut, sondern immer nur Stein um Stein ausgewechselt werde, bis der ganze Bau eine neue Gestalt gewonnen habe.

Bevölkerungspolitik — aber wie? Die drängende Frage bleibt. Sie wird uns in den europäischen Ländern in Zukunft wohl mehr denn je begleiten. Immer von neuem eine Antwort zu finden, ist nicht nur dem letztverantwortlichen Politiker und dem „policy maker“ in der Administration aufgegeben, sondern auch dem um Politikberatung gebetenen Sozialwissenschaftler. Hier gibt es noch manche Hindernisse und ein Mehr an rationaler Politik versperrende Barrieren, die Schritt für Schritt gemeinsam, d. h. von den Beteiligten auf beiden Seiten, abzubauen sind. Allerdings sei auch an die Feststellung Immanuel Kants erinnert, daß die Notwendigkeiten des Handelns immer sehr viel größer sind als die Möglichkeiten des Erkennens.

# Schulstreß – Krankheit der Schule oder Krankheit der Gesellschaft?

Die Bildungsreform, Ende der sechziger Jahre mit großem Elan begonnen, stagniert oder wird gar grundsätzlich in Frage gestellt. Im Denken nicht nur der meisten Spitzenpolitiker, sondern auch der Durchschnittsbürger rangieren Kategorien wie Bildung, Ausbildung, Wohl der Kinder oder politisches Bewußtsein der Jugend mit Abstand hinter Wertvorstellungen wie Wirtschaftswachstum, Konsumniveau und Investitionsneigung der Unterneh-

mer. So verständlich das Zurücktreten schulpolitischer Fragen in Zeiten der Rezession auch sein mag, entschuldigbar ist die Vernachlässigung der Bildungspolitik nicht; nicht ohne Zufall werden gerade jetzt unter dem Schlagwort „Schulstreß“ Entwicklungen im Schul- und Erziehungsbereich deutlich, die seit geraumer Zeit zu erheblichen Sorgen Anlaß geben.

## Der Streßmechanismus

Bezeichnenderweise ist die Einschätzung der Streßerscheinungen derzeit außerordentlich unterschiedlich und in ihrer Bedeutung umstritten: Während die Erzieher „alter Schule“ eher dazu neigen, das Thema herunterzuspielen und gestreßte Schüler, Eltern und Lehrer als Erfindung „linker“ Schulpolitiker abzutun, glauben die gegenwärtige Situation kritisch beurteilende Pädagogen ein stetiges Anwachsen von Schulverdrossenheit und -versagen registrieren zu müssen, bedingt vor allem durch Numerus clausus und Jugendarbeitslosigkeit.

Frederic Vester hat kürzlich sehr genaue Erklärungen und Ergebnisse vorgestellt, die deutlich machen, was Streß eigentlich ist. Zum richtigen Verständnis des Gesamtzusammenhangs sind folgende Punkte wichtig:

— Streß ist ein *biologischer Regulations-Mechanismus* im Körper des Menschen, der seit Jahrtausenden genetisch vererbt ist und durch bestimmte Reize oder Signale quasi automatisch ausgelöst wird.

— Dieser Streß-Mechanismus war ursprünglich für den Menschen ein *notwendiges und lebenserhaltendes Prinzip*, um in einer bedrohlichen und gefährlichen Umwelt überleben zu können.

— Streß ist eine körperliche Reaktion, die in verschiedenen Organen des Menschen *Nachwirkungen* hinterläßt.

## I. Streßphänomene im Schulbereich

Am fiktiven Beispiel eines vorzeitlichen „Wilden“ hat Vester veranschaulicht, wie Streß funktioniert<sup>1)</sup>: Ein Jäger der Steinzeit liegt am Lagerfeuer und ruht sich aus; plötz-

### INHALT

- |  |
|--|
| I. Streßphänomene im Schulbereich                  |
| Der Streßmechanismus                               |
| Schülerstreß                                       |
| Elternstreß  |
| Lehrerstreß  |
| II. Ursachen des Stresses im Schulbereich          |
| Qualität und Quantität des Lernstoffes             |
| Lehrmethodik                                       |
| Prüfungen und Zensuren                             |
| Konkurrenz   |
| III. Ursachen des Stresses im Gesellschaftsbereich |
| Lärm   |
| Umweltzerstörung                                   |
| Leistungs- und Konsumzwänge                        |
| IV. Überlegungen zum Streßabbau                    |
| Streßabbau in der Schule                           |
| Streßabbau in der Gesellschaft                     |

lich hört er hinter sich ein bedrohlich klingendes Geräusch. Ohne zu denken, dem Instinkt gehorchend, springt er auf, greift seinen Speer und läuft in den Busch; entweder

<sup>1)</sup> Frederic Vester, Phänomen Streß — Wo liegt sein Ursprung, warum ist er entartet, warum ist er lebenswichtig?, Stuttgart 1976, S. 19 ff.

um der Gefahr zu entfliehen oder sich ihr aggressiv zu stellen.

Im Körper dieses „Wilden“ läuft dabei folgender Prozeß ab, der den eigentlichen Streß-Mechanismus ausmacht:

— der Wahrnehmungs-Impuls (Geräusch) führt zu Angst und Erregung;

— die Nebenniere produziert Adrenalin (Aggressionshormon) und Noradrenalin (Fluchthormon);

— diese Hormone führen zu Bluthochdruck und stimulieren den Kreislauf;

— diese körperlichen Veränderungen ermöglichen die Mobilisierung von Zucker- und Fettreserven;

— der Organismus kommt in eine Art Hochleistungsbereitschaft;

— die Hirnanhangdrüse unterstützt dies durch den Abruf von Hydrocortison in der Nebenniere;

— das Hydrocortison schaltet für begrenzte Zeit die Verdauungs- und sexuellen Vorgänge aus;

— Muskeln und Gewebe erhalten mehr Sauerstoff;

— durch erhöhten Kohlendioxidausstoß werden die Zellen mit roten Blutkörperchen überschwemmt;

— der Mensch befindet sich auf dem Höhepunkt der körperlichen Leistungsfähigkeit.

Unser steinzeitlicher Jäger wird durch das Erreichen dieser körperlichen Leistungsfähigkeit in die Lage versetzt, durch Flucht oder Angriff das bedrohliche Geräusch instinktiv zu meistern. In mehreren Beispielen führt Vester aus, wie wichtig und lebenserhaltend dieser reibungslos funktionierende Streß-Mechanismus früher war und partiell noch heute ist, z. B. bei unvorhergesehenen Verkehrssituationen mit der oft folgenden blitzschnellen lebensrettenden Reaktion (Sprung vom Zebrastreifen auf den Bürgersteig), die nur über den Streß-Mechanismus leistbar ist.

Als fundamentale Erkenntnis muß dabei beachtet werden: Die hormonalen und biochemischen Reaktionen im menschlichen Körper bedürfen anschließend einer körperlich-motorischen Aktivität bzw. eines Ausgleichs, um die mobilisierten Energien biologisch sinnvoll, d. h. gesund, zu verarbeiten, wie das der „Wilde“ durch sein Davoneilen in den Busch tut.

In unserer Zeit verschärfen sich die Streßreaktionen und -folgen, weil in unserer immer künstlicher werdenden Umwelt die früher das Überleben voraussetzende körperliche Betätigung fehlt. Durch zwei strukturelle Veränderungen der letzten hundert Jahre ist in den Industriegesellschaften der ursprünglich lebenserhaltende positive Streß in sein Gegenteil verkehrt worden: in den *Dauerstreß* und die permanente Zunahme der Streßfaktoren (Stressoren).

Normalerweise gliedert sich die Streßreaktion in drei Phasen: die *Vorphase* (Warten auf das bedrohliche Signal bzw. Auslösung des Signals), die *Alarm- oder Hauptphase* (Bereitstellen der benötigten Energien zur Verarbeitung des Gefahrenherdes), die *Erholungsphase* (Abreagieren durch körperliche Bewegung, Abklingen der Erregung und Ausruhen nach Beseitigung der Streßursache). Im Gegensatz zu früheren Gesellschaftsformen, in denen der Mensch auf Gefahren natürlich reagieren konnte und durch Flucht oder aggressive Jagd seinen Körper entstreßte und biologisch wieder ins Gleichgewicht brachte, erlebt der heutige Mensch täglich vielfältige und einander überlagernde Streßauslöser. Die Anhäufung von Stressoren aber verhindert die notwendigen Erholungsphasen, und die mangelnde körperliche Entspannung bewirkt im Organismus Überanstrengung bzw. biologischen Verschleiß und Verfall.

Unter der Vielzahl von streßauslösenden Reizen können wir zwei grundlegende Arten unterscheiden: äußere oder umweltbedingte (Verkehrslärm, Reizüberflutung, beengtes Wohnen, giftige Substanzen in der Luft oder in der Nahrung) und innere oder psychische (Konflikte in Ehe und Familie, Angst vor Vorgesetzten, Berufsehreiz, Rivalitätsgefühle). Generell lösen äußere wie innere Stressoren die gleichen körperlichen Reaktionen aus und bewirken in ihrer permanenten Anhäufung den schon genannten Dauerstreß, der gleichbedeutend ist mit einer biologischen Frustration, weil der gestreßte Körper der aufgestauten und aufgebauten Energien nicht in Bewegung oder Aktivitäten umsetzen kann.

Ein Schüler z. B., der mehrfach am Vormittag Angstsituationen (er kann die Lehrerfrage nicht beantworten), Bedrohungen (bei einer weiteren schlechten Note erreicht er das Klassenziel nicht) oder Erregungen (der Lehrer gibt zu erkennen, daß er von dem Schüler nichts hält) erlebt, muß dennoch passiv, körpergehemmt, still sitzend verharren, obwohl

sein Körperinneres hormonal ganz andere Verhaltensweisen nahelegt, nämlich entweder das Klassenzimmer zu verlassen (Fluchtreaktion) oder sich seinerseits dem Lehrer gegenüber heftig zur Wehr zu setzen (Aggression). Für den an seinen Platz fixierten Schüler bedeutet die körperliche Fesselung eine biologische Qual, denn der Organismus muß sich entgegen seiner biologischen Funktion verhalten, indem die angestauten Energien nicht zur Entfaltung zugelassen sind, allenfalls in der Pause oder im Turnunterricht.

Vester belegt durch eine Fülle beklemmender Beispiele, welche körperlichen Folgen Dauerstreß sowie fehlendes körperliches Agieren nach sich ziehen: Die stimulierten Fettsäuren wandeln sich nach einer gewissen Zeit bei Nicht-Abfuhr in *Cholesterin* um, das seinerseits Arteriosklerose begünstigt, oder der ständig erregte Hormonhaushalt bringt den *Kreislauf* und die Herzregion ins Ungleichgewicht (Zunahme von Infarkten und Gefäßkrankungen), oder die dauernde Aufputschung durch psychische Affekte und Konflikte führt zu erhöhter Säureproduktion des Magens (*Magenerkrankungen* und Verkrampfungen im Darm), oder die zu häufig ausgelöste Hydrocortison-Produktion führt zu einer sexuellen Reduktion bis hin zur *Impotenz*, oder die durch Streß überbeanspruchte Immunabwehr des Körpers leistet der Ausbreitung von *Krebs* Vorschub.

Damit stellt nach Vester der Dauerstreß mit seinen körperlichen Auswirkungen die Hauptursache vieler Zivilisationskrankheiten. Die Tatsache, daß im Jahr 1975 23 Millionen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik 450 Millionen Betriebskrankentage in Anspruch nehmen mußten und daß im gleichen Jahr 360 Millionen Dosen Valium verordnet wurden, spricht eine deutliche Sprache, welche Folgen es hat, wenn biologisches System und gesellschaftliche Umwelt in ein Ungleichgewicht geraten<sup>2)</sup>.

### Schülerstreß

Da die Verfasser selbst Lehrer sind, haben sie in ihren Gesprächen mit Schülern zu ermitteln versucht, inwieweit diese sich gestreßt

fühlen. Bis auf eine Ausnahme<sup>3)</sup> gaben alle Jungen und Mädchen an, unter dem Schulstreß zu leiden. Unterschiedliche lagen lediglich im Ausmaß der Erschöpfung und Unlust, der Konzentrationsstörungen und körperlichen Beschwerden. Und so beschrieben die Jugendlichen ihre Streßsymptome:

„Ich stehe sehr, sehr oft unter Streß. Dieser entsteht fast immer durch schulische Probleme, denn durch das viele Lernen bekomme ich oft einen schweren Kopf. Meine Mutter sagt dann immer, ich sollte noch mehr lernen, und ich werde wahnsinnig.“

„Streß ist bei mir schon lange nichts Neues mehr. Seit ich diese Schule besuche, habe ich oft Kopfschmerzen, kann vor Schulaufgaben nicht schlafen, habe lang nicht mehr die Freizeit, die ich früher einmal hatte. Auch von den Eltern wird man mehr unterdrückt zu lernen, und wenn man einmal wohin geht, wird einem die ganze Freude dadurch verdorben, weil man immer an die Schule denken muß.“

„Bei mir äußert es sich so, daß ich öfters unter Kopfschmerzen leide, daß ich jeden Tag — trotz vielen Lernens — Angst habe, den Faden zu verlieren, daß ich mich zwingen muß, mich zu konzentrieren, was früher nicht der Fall war; daß ich labiler werde, d. h. ich bringe nicht mehr die innere Kraft auf, das zu tun, was ich mir vorgenommen habe. Außerdem stehe ich unter einem solchen Leistungsdruck, daß ich mich manchmal im Unterricht

<sup>2)</sup> Diese Schülerin hatte geschrieben: „Ich fühle mich nur vor Schulaufgaben gestreßt. Ich bin ziemlich faul und lerne fast nie, nur vor Schulaufgaben muß ich mich halt dann mehr reinhängen.“ Wenig später meldete sich die Mutter mit folgender Feststellung zu Wort: „Zwei Tage vor Ihrer Frage klagte meine Tochter über den Streß. Ich war selbst gerade mit Arbeit reichlich eingedeckt und gab ihr deshalb verärgert zur Antwort, daß sie wohl kaum unter dem Streß zu leiden hätte, wenn sie nur regelmäßig im Unterricht mitarbeiten würde... Sie muß das akzeptiert haben, denn bei Ihrer Umfrage gab sie dann meine Äußerung als ihre eigene Meinung zum besten. Die Sache stellt sich aber doch wohl etwas anders dar: bei einer oder auch zwei Schulaufgaben in der Woche muß soviel Stoff repetiert oder auch erlernt werden, daß die Fächer ins Hintertreffen geraten, die gerade keine Schulaufgabe oder Extemporale schreiben. Die Folge ist dann eben die Anhäufung eines größeren Lernstoffes für jedes Fach... Selbst wenn sich meine Tochter hier frei und frank als ‚faul‘ bezichtigt, muß ich doch sagen, viel freie Zeit hat sie eigentlich nicht, und nicht selten hat sie Kopfschmerzen und Schwindelanfälle, die teilweise ganz sicher dem Schulstreß zuzuschreiben sind.“

<sup>3)</sup> Frederic Vester, ebd., S. 163. Vgl. ferner vom gleichen Autor: Das Überlebensprogramm, Frankfurt 1975, S. 9 ff.

durch teilweise aggressives Verhalten davon zu befreien suche."

„Oft komme ich mit Kopfschmerzen und Schwindelgefühlen nach Hause. Wenn ich dann noch mehrere Stunden hintereinander für Schulaufgaben lernen muß, hören die Kopfschmerzen gar nicht mehr auf."

Es wäre falsch, diese Aussagen als repräsentativ zu bewerten, denn sie stammen aus nur einer Klasse einer Wirtschaftsschule<sup>4)</sup>. Eine Gegenüberstellung der hier angeführten Schüleraussagen mit Untersuchungen der letzten Jahre ergibt allerdings, daß unsere Schüler in naiver und engagierter Weise das ausdrücken, was an anderer Stelle als Umfrageergebnis statistisch festgehalten wurde. Bei einer Befragung von 500 Hamburger Müttern durch das SAMPLE-Institut im Jahre 1975 gaben diese an, welche Störungen sie bei ihren fünf- bis zwölfjährigen Kindern beobachtet hatten<sup>5)</sup>:

Unkonzentriertheit, Abschlaffen	49 %
demonstrative Aggression	21 %
Nervosität, Schlaflosigkeit	19 %
Lernstörungen	18 %
psychosomatische Störungen (Bettnässen, Stottern)	13 %

Diese Einschätzung schulpflichtiger Kinder durch ihre Mütter entspricht den Untersuchungsergebnissen von Hans-Christian Thalmann<sup>6)</sup>. Er überprüfte sieben- bis elfjährige Schuljungen und registrierte eine fast ebenso große Anzahl schwergestörter, therapeutischer Behandlung bedürftiger Fälle wie gesunde Kinder. Seine Ergebnisse im einzelnen:

Anstaltsfälle	1,3 %
schwer gestört (Problemkinder)	18,7 %
mäßig gestört	29,3 %
leicht gestört	28,7 %
ohne Störungen	22,0 %

Konkret sehen die psychischen Störungen so aus: Nägelkauen, Grimmasschneiden, moto-

<sup>4)</sup> Den Lehrern ist jede Befragung von Schülern ohne vorher eingeholte Genehmigung des Ministeriums untersagt. Aus diesem Grunde konnten wir Beobachtungen und Erfahrungen nicht mit Zahlenmaterial belegen.

<sup>5)</sup> Abgedruckt in: Bild der Wissenschaft, April 1976, Heft 4, S. 112.

<sup>6)</sup> Verhaltensstörungen bei Kindern im Grundschulalter, Stuttgart 1971.

rische Unruhe, Seh-, Hör- und Sprechschwierigkeiten, körperliche Auffälligkeiten wie Gehstörungen oder Atembeschwerden.

Kinderarzt Lempp berichtete im „Spiegel“, daß 1960 nur jedes zwölfte Kind wegen offensichtlicher Schulprobleme in seine Praxis kam, daß es 1969 bereits jedes fünfte und gegenwärtig schon jedes dritte Kind ist<sup>7)</sup>. Das Wochenmagazin erfuhr von Professor Gerd Biermann, dem Leiter des Instituts für Psychohygiene des Erft-Kreises, daß die Hälfte der Störungen bei Schulkindern, die in seinem Institut behandelt werden, in „irgendeiner Form“ mit der Schule zusammenhängen: „Wir sprechen direkt vom Schulbrechen, ja sogar vom Schulasthma. Zum Wochenende und in den Ferien sind die Kinder frei von diesen Symptomen.“<sup>8)</sup>

Hans Conrad Zander schilderte im „STERN“ solche Fälle schulkranke Kinder, die ärztlich betreut werden: „Ein 8jähriger Junge krümmt sich vor Bauchkrämpfen. Der Arzt macht Nieren-, Darm- und Blutuntersuchungen. Er schickt den Jungen weg zum Röntgen. Er erforscht seinen Kreislauf. Tatsächlich ist da etwas nicht in Ordnung. Kreislauf-Medikamente aber nützen nichts. Dann endlich, die Tabletten scheinen gewirkt zu haben. Die Bauchkrämpfe haben aufgehört. Familie und Arzt feiern erleichtert das Weihnachtsfest. 14 Tage später ist alles schlimmer als zuvor. Ein Blick auf den Kalender: Schulbeginn.“

Der behandelnde Arzt sagt dazu: „gut zwei Drittel der Kinder, die ich behandle, sind nicht im herkömmlichen Sinn organisch krank. Sie sind schulkkrank... Um Kinder heilen zu können, brauche ich neben meiner Spezialausbildung als Kinderarzt eigentlich auch noch eine Spezialausbildung als Schulpsychologe... Nach meiner Erfahrung sind es die durchschnittlichen, die normal begabten Kinder, die jetzt in der Schule so überfordert sind, daß sie krank werden.“<sup>9)</sup>

Ob die Anzahl psychisch kranker oder gestörter Schulkinder tatsächlich auf zwei Drittel veranschlagt werden muß, gilt dabei als umstritten. Während eine pädagogische Zeitschrift diese Zahl aufgreift und davon spricht, daß zwei Drittel „aller Schulkinder“ psychisch gefährdet sind<sup>10)</sup>, schätzt Hubert Harbauer, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Frankfurt, die Zahl der

<sup>7)</sup> Der Spiegel v. 31. 5. 1976, Nr. 23, S. 44.

<sup>8)</sup> Ebd. S. 44.

<sup>9)</sup> Der Stern, Nr. 24/1976, S. 99.

<sup>10)</sup> In: betrifft: erziehung, 1976/6, S. 22.

„psychisch auffälligen und gestörten“ Kinder auf 20—25 %<sup>11)</sup>. Die Unterschiede erklären sich wohl so, daß einmal nur schwergestörte Kinder, die unbedingt therapeutische Behandlung brauchen, gemeint sind, aber im anderen Fall auch leichtere Störungen subsumiert werden. Einigen können sich die Experten offensichtlich in zwei Dingen: Schulversagen, Schulangst und schulisches Scheitern beschränken sich heute nicht mehr auf extrem „schwache“ oder besonders sensible Kinder, sondern erfassen vor allem die durchschnittlich und normal begabten; die Schule verursacht mit ihrem derzeitigen Anspruch an die Schuljugend unmittelbar Angst und neurotische Störungen<sup>12)</sup>.

Der alarmierende Streß, der von der Grundschule bis zur Universität reicht, drückt sich auch in den folgenden Zahlen aus, die Gerold Scholz Mitte 1976 zusammengestellt hat<sup>13)</sup>:

— 517 Kinder und Jugendliche haben binnen eines Jahres den Freitod gewählt, indem sie sich erhängten, erschossen oder vergifteten, und zwar aus Schulangst oder wegen schlechter Zeugnisse.

— 11 Prozent der Jugendlichen zwischen 11 und 19 Jahren nehmen Drogen.

— Der Alkoholismus unter den Schülern greift um sich. Die Zahl der jugendlichen Alkoholiker in der Bundesrepublik wird auf 100 000 geschätzt (auf eine Befragung von Infratest, nach der 24 % der 13jährigen regelmäßig Bier und Wein trinken, von den 14jährigen schon 42 %, von den 16jährigen 50 %). Nach einer Umfrage Jasinskys unter Hamburger Schülern ist jeder dritte Schüler und jede fünfte Schülerin von der 8. Klasse aufwärts mindestens einmal in zwei Monaten volltrunken<sup>14)</sup>.

— Die Praxis vieler Eltern, ihren Kindern am Frühstückstisch Beruhigungstabletten zu geben, nimmt ständig zu. Zahllose Eltern glauben den Versprechungen der pharmazeutischen Industrie, daß nervöse Kinder durch

Tranquilizer beruhigt und depressiv-apathische Schüler durch Aufputzmittel (Schnellmacher) aktiviert werden können.

— Auch Nikotin wird von Schülern in wachsendem Umfang konsumiert. 10jährige, die bis zu zehn Zigaretten und mehr am Tag rauchen, sind keine Seltenheit mehr.

— 20 Prozent der Studenten müssen während ihres Studiums psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen.

Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß alle oben genannten Versuche, Streß abzubauen, die Inanspruchnahme des Therapeuten ausgenommen, falsch und wirkungslos sind. Nikotin, Drogen, Alkohol und Beruhigungsmittel schaffen allenfalls für kurze Zeit ein Gefühl der Entspannung, um danach verdrängten Ängsten und Streßerscheinungen um so gründlicher zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu Frederic Vester: „Diese ganze Praxis verhindert letztlich, daß wir Stressoren aus unserer Umwelt abstellen, sie vermeiden oder auf natürliche Weise abbauen... Wenn wir Streßreaktionen und Angstgefühle ausschalten, so schalten wir dadurch nur Warnzeichen aus, vermindern jedoch keinesfalls die Gefahr. So als wenn wir im Krieg als wirksames Mittel gegen einen Luftangriff das Abstellen der Alarmsirenen empfehlen würden.“<sup>15)</sup>

### Elternstreß

Von der Schule gestreßte Kinder wirken auf ihre Eltern zurück. Das genannte Beispiel einer Schülermutter<sup>16)</sup>, die versucht, ihrer Tochter Streßerscheinungen auszureden und ihr Faulheit bescheinigt, obwohl sie sehr gut weiß, daß ihre Tochter unter großem Druck steht, ist für das Verhalten vieler Eltern nicht untypisch. In dem Wunsch, ihre Kinder zu einem möglichst anspruchsvollen Schulabschluß zu führen, setzen sie ihre Kinder unter permanenten Leistungsdruck und leiden selbst beträchtlich, wenn die erhofften Erfolge ausbleiben. In der schon erwähnten Untersuchung des SAMPLE-Instituts wollten sich nur 24 Prozent der Mütter mit dem Hauptschulabschluß ihrer Kinder begnügen, während 38 Prozent die mittlere Reife und 35 Prozent das Abitur bzw. die Hochschulbildung anstrebten<sup>17)</sup>.

<sup>11)</sup> Nach: Der psychisch Kranke. Ergebnisse eines wissenschaftlichen Kolloquiums im Münchner Klinikum rechts der Isar, Sonderdruck Nr. 255 der Süddeutschen Zeitung v. 6. 11. 1975.

<sup>12)</sup> Vgl. Bild der Wissenschaft, Heft 4/1976, S. 96 ff. Ferner: Peter Schulz-Hageleit, Angst in der Schule, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/1976, S. 15—23.

<sup>13)</sup> Die Phrase von der „Humanisierung der Schule“, in: betrifft: erziehung, 1976/6, S. 22 ff.

<sup>14)</sup> Hermann Rosemann, Kinder im Schulstreß, Bissendorf 1976, S. 169 ff.

<sup>15)</sup> F. Vester, Phänomen Streß, a. a. O., S. 141.

<sup>16)</sup> Vgl. Fußnote 3.

<sup>17)</sup> Nach: Bild der Wissenschaft, Heft 4/1976, S. 113.

Was geschieht, wenn Schüler mit schlechten Noten oder Zeugnissen nach Hause kommen, ist bekannt: Viele Erwachsene reagieren mit Schlägen, Vorwürfen, Schimpfen, Verboten, Ermahnungen oder Enttäuschungen — nur eine Minderheit verhält sich pädagogisch richtig und spendet Trost und Hilfe<sup>18)</sup>. Dazu Ruth Martin: „Die Familie, die eigentlich das Refugium sein sollte, wo sich die Kinder von dem Leistungsstreß der Schule erholen und entspannen können, wo sie sich — auch ohne Leistung vorzuweisen — akzeptiert, verstanden und geborgen fühlen sollten, ist in vielen Fällen zu einem Kampfplatz geworden. Da wird um die Versetzung gekämpft, da wird um bessere Noten gerungen, da wird belohnt, erpreßt, bestraft, ausgehandelt. Das Damoklesschwert ‚Schule‘ schwebt als ständige Bedrohung über dem bundesdeutschen Familienfrieden. Der Störfaktor Schule beginnt immer mehr die häusliche Atmosphäre zu vergiften.“<sup>19)</sup>

Anstatt ungerechtfertigte bzw. übertriebene Anforderungen abzuwehren, sind die Eltern überwiegend dazu bereit, die Leistungsforderungen des Schulsystems unreflektiert mitzutragen und sich ihrerseits „zum Wohl der Kinder“ zu engagieren, sei es als „Hilfslehrer“, als Antreiber oder als Finanzier kostspieliger Nachhilfestunden. Aus den Elternsprechstunden der Schulen ist zu konstatieren, daß Eltern selten die schwachen Leistungen ihrer Kinder zu begründen suchen, sondern dem Lehrer versprechen, für Besserung zu sorgen, d. h. noch mehr zu üben, Hausaufgaben strenger zu überwachen, weniger Freizeit zu gestatten. Der von ehrgeizigen Müttern ausgeübte Druck läßt sich auch statistisch belegen: 52 % der Kinder, die unter Schlafstörungen und Nervosität leiden, müssen mehr als achteinhalb Stunden am Tag arbeiten, ebenso 39 Prozent der Kinder mit Konzentrationsstörungen<sup>20)</sup>. Das Fazit der Erhebung: „Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Kinder zum Teil mit Leistungserwartungen konfrontiert werden, denen viele Erwachsene nicht gewachsen wären, und daß diese Anforderungen in vielen Fällen zu Störungen beitragen... Psychosomatisch gestörte Kinder gehen nach Ansicht der Mütter lieber zur Schule als nicht gestörte Kinder. Der Ver-

dacht liegt nahe, daß es sich um ein Wunschenken der Mütter handelt, die ihre Kinder in schulischen Dingen besonders stark fordern.“<sup>21)</sup> So belasten ängstliche, die Leistungsnormen der Gesellschaft kritiklos übernehmende Eltern ihre gestreßten Kinder zusätzlich und geraten in einen Teufelskreis sich fortsetzender Frustrations- und Aggressionsverstärkung, denn je mehr sie in ihre Kinder drängen und ihnen zu helfen trachten, desto mehr versagen die Betroffenen, was wiederum zu weiteren nutzlosen Maßnahmen auf der Elternseite führt.

### Lehrerstreß

So sehr die Lehrer die geschilderten Streßerscheinungen unter Schülern und ihrer sich mit ihnen identifizierende Eltern unmittelbar verursachen, so sehr unterstehen sie gleichzeitig auch selber dem Streß. Der Lehrer steht heute im Normalfall vor Klassen — und das gilt für die Hauptschule in gleicher Weise wie für das Gymnasium —, in denen es oft kaum noch möglich ist, die Schüler für die im Stoffplan vorgesehenen Inhalte zu motivieren. Die Schüler unterlaufen den Unterricht entweder durch Passivität oder aber durch Disziplinlosigkeit. Erschöpft durch den lange geleisteten Widerstand, deprimiert durch die geringen Leistungserfolge und entmutigt durch die Aussichtslosigkeit ihres Tuns, geben viele Lehrer heute entweder auf und resignieren, d. h. sie beschränken sich auf rein pragmatische Stoffvermittlung und betrachten den Unterricht als Job ohne jedes persönliche Engagement, oder aber sie kehren zurück zu den Methoden äußerster Disziplinierung und versuchen, die Klasse mit den ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln einzuschüchtern.

Der folgende Bericht eines verzweifelten Lehrers gibt Auskunft darüber, wie belastend das Lehrerdasein in vielen Fällen ist: „Ich verliere ... langsam den Mut, weil ich an dem Unterschied zwischen dem, was Schule ist und dem, was wir in unseren Reden aus ihr machen, langsam kaputt gehe ... Es gibt in der Woche vielleicht zwei Stunden, die wirklich einigermaßen gut vorbereitet sind und entsprechend ablaufen. Alles andere ist grauer Routine-Alltag, jedenfalls bei mir. Viele Stunden bereite ich mich überhaupt nicht vor, lasse dann die Kinder die Bücher rausnehmen

<sup>18)</sup> Nach Hermann Rosemann, a. a. O., S. 93 ff.

<sup>19)</sup> Ruth Martin, Mütter wollt ihr ewig pauken? Unser Schulsystem familienfeindlich?, in: Die Zeit v. 29. 8. 1975.

<sup>20)</sup> Nach: Bild der Wissenschaft, a. a. O., S. 113.

<sup>21)</sup> Ebenda, S. 113.

und gehe stur nach dem Buch vor. Oder wir machen eine dieser folgenlosen Diskussionsstunden, in denen ziemlich konsequenzlos über ein spontan aufgetretenes Problem geredet wird ... Das geht dann so weit, daß die faulsten Schüler rebellieren und wieder 'ordentlichen' Unterricht haben wollen. 'Ordentlich', damit meinen sie dann nicht einmal die wenigen, gut vorbereiteten Stunden, sondern den trüben, übergroßen Rest. Ich weiß auch nicht, woher das kommt. Ich habe den ganzen Tag das Gefühl, irrsinnig viel für die Schule zu machen. Aber wenn ich am Ende mal die Stunden zusammenrechne, kommt an effektiver Arbeitszeit doch nur ein Halbtagsjob heraus. Trotzdem gehen die meisten Wochenenden drauf für Korrekturen, Vorbereitung, Weiterbildung usw. ... Die Wirklichkeit in der Schule, die kennt jeder Lehrer. Da wird nach wie vor geschlagen, gepetzt, in ohnmächtiger Wut in die Schüler gekrallt, gedemütigt, ungerecht behandelt. Da werden Noten gemacht, wie es gerade paßt ... Da wird mit einer Lässigkeit (und zum Teil mit einer nur mühsam versteckten Wut) eine Nichtversetzung beschlossen, daß man krank wird, wenn man sich vorstellt, daß es bei der eige-

nen Nichtversetzung vor 10 Jahren auch nicht anders verlaufen ist." 22)

Doch dies ist nur die eine Seite. Hinzukommen die Belastungen, die der Lehrer durch die Rückwirkungen des „Radikalenerlasses“, drohender Nicht-Beschäftigung und wachsendem Druck der Kultusbehörden erlebt. Schon wird in einigen Klassen mitnotiert, was der Lehrer sagt; werden Schüler vom Schulleiter ausgefragt, was der Lehrer im Unterricht tut; beschneiden pedantische, ministerialbürokratische Erlasse den Freiheitsspielraum; müssen junge Kollegen befürchten, daß sie wegen Bagatellen (Besuch eines Spielfilms mit der Klasse, der dem Direktor nicht einwandfrei erscheint; positive Äußerungen über Gewerkschaften; Besprechung eines Gedichts, das ein „Linker“ verfaßt hat) nicht in den Staatsdienst übernommen werden. So erweisen sich Duckmäsertum und Unterwürfigkeit nicht nur als Kennzeichen neurotischer und auf einen optimalen Notendurchschnitt bedachter Schüler, sondern werden auch zum Normalverhalten zahlloser Lehrer, denen persönliches Fortkommen und eine gute Beurteilung wichtiger sind als eine freiheitliche Erziehung.

## II. Ursachen des Stresses im Schulbereich

Die von uns befragten Schüler gaben sehr genau an, worin sie die Ursachen ihres Gestreiftseins sehen. Sie nannten insbesondere vier Fakten:

- eine zu große Stoffmenge, die außerdem zum überwiegenden Teil uninteressant ist;
- mangelhafte Unterrichtsmethoden, vor allem eine langweilige Gestaltung durch den Lehrer;
- zu häufige Prüfungen in Form von Schulaufgaben und Extemporalien, die sich in bestimmten Monaten häufen, während in anderen Monaten überhaupt keine Arbeit geschrieben wird;
- Repressalien durch die Eltern, die vielfach kein Verständnis für die schwierige Situation ihrer Kinder aufbringen.

Diese Faktoren benennen in etwa die gleichen Ursachen, die auch von kritischen Pädagogen seit langem gegen unser Schulsystem vorgebracht werden. Es erscheint notwendig,

sich den einzelnen Stressoren näher zu widmen, um anschließend Überlegungen zum Thema Stressabbau zu wagen.

### Qualität und Quantität des Lernstoffs

Trotz vielfacher Beteuerungen seitens der Schulbehörden, die Stoffpläne rigoros zu entrümpeln, ist dies bisher nirgendwo geschehen. Im Gegenteil: Bedingt durch den ständigen Fortschritt von Wissenschaft und Technik und die weitreichenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft wächst die Menge des notwendig wißbaren Stoffes permanent. Schätzungen gehen davon aus, daß sich etwa alle zehn Jahre der Umfang des menschlichen Wissens verdoppelt. Ein Hauptschüler lernt heute mehr an naturwissenschaftlichen Fakten als ein Gymnasiast vor 30 Jahren. Das gegenwärtige Schulsystem versteht sich überwiegend als Vermittler von Wissen, von ko-

22) Aus: betrifft: erziehung, Heft 11/1976, S. 21 f.

gnitiven Lerninhalten, und die Klassifizierung in gute und schlechte Schüler erfolgt ausschließlich nach dem Gesichtspunkt: wer weiß mehr. Emotionale Bildung wird nicht angestrebt, soziales Lernen bleibt unberücksichtigt. Diese Entwicklung ist auch durch die Hinwendung zu curricularen Lehrplänen bis jetzt nicht durchbrochen worden.

Und so sieht ein besorgter Vater, Professor am Studienseminar in Heilbronn, die Situation seiner 11jährigen Tochter an der Realschule und seines 10jährigen Sohnes am Gymnasium<sup>23)</sup>: „Zu Heilbronn am Neckar wird im Erdkunde-Unterricht der 5. Klasse der Hamburger Hafen gründlich besprochen. Meine Tochter hat für die nächste Zettelarbeit zu lernen, daß es dort Küstenmotorschiffe, Fahrgastschiffe, Stückgutfrachter, Containerschiffe, Massengutfrachter und Tanker gibt. Sie muß wissen, worin sich Tide- und Dockhafen unterscheiden und wie die Wirkungsweise einer Schleuse darzustellen ist. Danach wird auf Einzelheiten des Deichbaus Wert gelegt, und als Vater gerate ich am Mittagstisch in Verlegenheit, als ich nach Außenberme, Innenberme, Lahnung und Queller gefragt werde. Beim Thema Ruhrgebiet sind detaillierte Zeichnungen von Hochöfen und Winderhitzern gefragt, die Stahlgewinnung und auch die industrielle Verflechtung im Industriegebiet wird besprochen. Und da ein Hausaufsatz anzufertigen ist, wird Mithilfe von den Eltern erbeten. Kopfschüttelnd erinnern sich meine Frau und ich, daß der Hochofen früher erst in der 10. Klasse durchgenommen wurde... Im Biologie-Unterricht meines Sohnes ist von Kronblättern, Staubbeuteln, Staubfäden, von Griffel, Blütenboden, Nektar und Narbe die Rede. Gut, in Ordnung, das kann man sich merken. Wie aber steht es, wenn Fünftklässler bei der Behandlung der Kirsche das Entstehen der sogenannten ‚Steinschale‘ aufzeigen sollen? Entwickelt sich die ‚Steinschale‘ aus der ‚Samenanlage‘? Oder aus der ‚inneren Schicht der Fruchtknotenwand‘? Oder aus dem ‚Blütenstiel‘? Oder aus dem ‚Fruchtknotenhaus‘? Oder gar aus der ‚äußeren Schicht der Fruchtknotenwand‘? Das Ergebnis dieses Zuordnens wird zensiert.“

Die einseitige Beanspruchung von Intellekt und Gedächtnis hat sich in den letzten Jahren erheblich verschärft, weil durch die Bildungs-offensive aller Parteien in unserem Lande heute wesentlich mehr Schüler gehobenen

Schulabschlüssen entgegenstreben als früher. Gerade Kinder der aufstiegsbedürftigen „unteren Schichten“, die nur über ein geringes Abstraktionsvermögen und über andere Sprachmuster verfügen als „Mittelschichtenkinder“, erleben die weiterführenden Schulen mit ihrem hohen theoretischen Niveau als etwas Fremdes und Beängstigendes.

Die Überlastung vieler Schulkinder durch schulische Anforderungen ist mehrfach nachgewiesen worden. Hellbrügge errechnete bei 10- und 11jährigen Schülern für Unterricht, Schulweg und Hausaufgaben pro Woche durchschnittlich 47 Stunden. Das SAMPLE-Institut ermittelte bei Kindern zwischen fünf und zwölf Jahren noch bedeutend höhere Belastungen, die sich zusammensetzen aus Schulstunden, Hausaufgaben, Neigungskursen und Helfen im Haushalt<sup>24)</sup>: bis 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Std. täglich = 15 0/0; 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 6<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Std. täglich = 20 0/0; 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Std. täglich = 29 0/0; 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Std. täglich = 24 0/0; 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Std. täglich und mehr = 12 0/0.

Welchen ständig wachsenden Anforderungen die Schulkinder gerade in den ersten Grundschuljahren ausgesetzt sind, wissen alle betroffenen Eltern. Vielfach beginnt die Dressur auf Leistung und sachbezogenes Lernen aber schon vor der Schule, indem die Kinder komplizierte Lernspiele erhalten oder im Kindergarten Vorschulkurse belegen. Unbeschwertes Spielen, Entspannung, Freude am Leben werden auf diese Weise eingengt. Zu Recht meint Hermann Rosemann deshalb: „Die meisten Kinder haben heute einen deutlichen Spielrückstand, d. h. die Zeit, da sie sich in entspannter Atmosphäre befinden, schrumpft zusehends zusammen. Das trockene, nervtötende Lernen dringt immer weiter in Bereiche ein, die dem Kind bisher Entspannung, Freude und Bewegungsfreiheit garantierten. Auf diese Weise verschlechtert sich die allgemeine Stimmungslage des Kindes. Es wird zunehmend depressiv, gereizt, aggressiv und unzufrieden.“<sup>25)</sup>

### Lehrmethodik

Viele Schüler finden die Schule heute noch aus einem anderen Grund langweilig, uninteressant und anstrengend: Sie kommen mit der Art, wie der Unterricht gehandhabt wird, nicht zurecht. Die Mehrzahl der Stunden ver-

<sup>23)</sup> Zitiert nach: Stern, Nr. 24/1976, S. 103.

<sup>24)</sup> Nach: Bild der Wissenschaft, a. a. O., S. 113.

<sup>25)</sup> Hermann Rosemann, a. a. O., S. 34.

läuft lehrerzentriert, d. h., der Lehrer erklärt und agiert, die Schüler sind passiv, sitzen auf ihren Stühlen und haben die Aufgabe, aufzupassen und rezeptiv zu verarbeiten, was sie hören oder sehen. Dynamische Unterrichtsverfahren wie Gruppenarbeit oder Rollenspiel bleiben seltene Ausnahmen und werden von der Mehrzahl der Schüler und Lehrer nicht beherrscht. Die Untersuchungsergebnisse von Reinhard und Annemarie Tausch aus den sechziger Jahren über die Dominanz der Lehrerrolle gelten auch heute noch <sup>26)</sup>:

— im normalen Unterricht spricht der Lehrer 50- bis 100mal so viel wie der einzelne Schüler;

— auf 800 Fragen des Lehrers kommt nur eine Frage des einzelnen Schülers;

— jede Minute des Unterrichts trifft der Lehrer ein bis zwei Anordnungen an die Klasse oder einzelne Schüler, die strikt ausgeführt werden müssen.

Wenn die Untersuchungen Th. Hellbrüges <sup>27)</sup>, die bereits über 15 Jahre zurückliegen, ergeben haben, daß bei schulpflichtigen Kindern ein Stillsitzen von mehr als zwei bis drei Stunden zu körperlichen Schäden, Nervosität, Leistungsabfall und Störungen des Denkens und Behaltens führt, so sind dies Streßfolgen, weil allein schon unterdrückte körperliche Motorik zu einer Überproduktion von Fettsäure führt, die später in Cholesterin verwandelt wird und die bereits beschriebenen biologischen Belastungen hervorruft <sup>28)</sup>. Mit anderen Worten: Selbst dann, wenn Erzieher angstfrei und freundlich unterrichten, aber bei den Schülern spontanes Verhalten, verbunden mit körperlicher Aktivität, verhindern, wirken sie als Stressoren.

Der traditionelle lehrerzentrierte Unterrichtsstil ist es jedoch nicht allein, der zu Streßerscheinungen führt. Frederic Vester hat in seinem Buch „Denken, Lernen, Vergessen“ darauf hingewiesen, wie sehr ein großer Teil der Menschen auch von den abstrakt vermittelten, oft nur mit Worten erklärten Unterrichtsinhalten gestreßt wird. Denn nur wenige Schüler, bedingt durch die Sozialisationsbedingungen der ersten Lebensjahre, können

verbal-abstrakt lernen. Die meisten Kinder sind eher auf einen anderen Lerntyp festgelegt <sup>29)</sup>:

— den *optisch-visuell* Lernenden, der Beobachtungen und Experimente braucht, um etwas zu verstehen;

— den *haptisch* Lernenden, der sich Zusammenhänge durch Anfassen und Fühlen, also durch eigene Handlungen, erarbeiten muß;

— den *im Gespräch* Lernenden, der die Kommunikation mit anderen benötigt, um verstehen zu können.

Vester konnte in einem Experiment mit mehreren Schulgruppen verschiedener Klassen belegen, daß Schüler, die nicht auf das verbal-abstrakte Lernen programmiert sind, theoretische Fragen und Aufgaben als Stressor erleben. Wie in Angstsituationen werden dann in der Nebenniere Adrenalin und Noradrenalin ausgestoßen und die Gehirnfunktionen blockiert. Der Schüler kann sich an nichts mehr erinnern, ist nicht in der Lage, eine Antwort zu geben, was bei dem Lehrer das Gefühl auslöst, dieser Schüler sei dumm <sup>30)</sup>. Da aber viele Lehrer überwiegend den abstrakt-theoretischen Lerntyp verkörpern und in den anderen Lernstilen nicht ausgebildet sind, stellen sie in ihrem Unterricht für die meisten Schüler ungewollt einen starken Streßfaktor dar. Hierin sieht Vester die eigentliche „Katastrophe der schulischen Praxis“.

Machen wir uns nichts vor: Der Trend hin zur abstrakten Lernschule verstärkt sich. Bereits in der Grundschule lernen heute 9- und 10jährige im Rechenunterricht Potenzen kennen und müssen nicht nur das Zehner-, sondern auch das Zweier-, Dreier- oder Vierersystem anwenden können, was sicherlich eine gut gemeinte Vorbereitung auf das Binärsystem der Computerpraxis darstellt, aber ebenso eine totale Überforderung des Abstraktionsvermögens des normalen Schülers. Seit etwa zehn Jahren — mit Beginn der Diskussion über curriculare Lehrpläne — vollzieht sich im Bildungssystem eine Art technologischer Revolution im Sinne der Zerlegung und Zerstückelung geistig-kognitiver Stoffinhalte in kleinste Einheiten und Dosierungen <sup>31)</sup>. Wer

<sup>26)</sup> Reinhard und Anne-Marie Tausch, Erziehungspsychologie, Göttingen 1968<sup>3</sup>, S. 102 ff.

<sup>27)</sup> In: Gesundheit und Leistungsfähigkeit im Kinder- und Jugendalter, Stuttgart 1960, Kap. IV.

<sup>28)</sup> Vgl. oben Abschnitt I (Der Streßmechanismus).

<sup>29)</sup> Frederic Vester, Denken, Lernen, Vergessen, Stuttgart 1975, S. 122.

<sup>30)</sup> Vester, ebd., S. 170 f.

<sup>31)</sup> Klaus Jürgen Bruder hat schon vor Jahren in seinem viel zu wenig beachteten Aufsatz: „Taylorisierung des Unterrichts“ auf diese Tendenz hingewiesen, in: Kursbuch 24, Berlin 1971, S. 113—130.

genau hinsieht, was z. B. durch die Normenbücher und über den Versuch einer „Operationalisierung des Unterrichts“ auf die Schule zukommt, der erkennt, daß parallel zur völligen Arbeitszerlegung der industriellen Fertigung auch im Bildungsbereich eine Parzellierung des Denkens Einzug hält, deren Folgen sich einerseits als Bürokratisierung des Schulbetriebs, andererseits als quasi betriebswirtschaftliche Optimierung und Effektivierung des Unterrichts niederschlagen. Nicht umsonst sind „Lernzielkontrolle“ und „Taxonomie“ zu zentralen Kategorien geworden — Begriffe und Methoden, die bis jetzt die überwiegende Mehrheit der Lehrer weder verstanden hat noch anzuwenden weiß.

### Prüfungen und Zensuren

Die gegenwärtige Schule basiert auf ständigen Leistungskontrollen. Während Angestellte oder Arbeiter nur einmal im Jahr einem Bewertungsverfahren unterworfen werden, und Lehrer gar nur alle drei Jahre, erleben Schüler Prüfungen und Noten fast täglich. Schulaufgaben, Kurzarbeiten und mündliches Abfragen bilden das Rückgrat der Disziplinierung und Leistungsüberwachung. Rosemann fand bei seinen Schülern heraus, daß nur 6 Prozent vor Prüfungen niemals Angst hatten, hingegen 90 Prozent oft oder manchmal und 4 Prozent immer <sup>32)</sup>.

Der Zusammenhang zwischen Angst und Leistungskontrolle ist häufig überprüft worden und kann als gesichert gelten. Angst lähmt, blockiert die Denkläufe im Gehirn, führt zu Versagen, zu Leistungsausfall. Rolf Schwarzer konnte in einer umfangreichen Untersuchung <sup>33)</sup> nachweisen, daß die durchschnittlichen Angstwerte bei Prüfungen um so höher liegen, je schlechter die erwartete Note ist, d. h. Leistungsbewertungen drücken nicht nur den Wissensstand oder die Leistungsfähigkeit aus, sondern spiegeln auch das Angstpotential der Betroffenen wider. Der schneidet am besten ab, der mit seiner Angst am besten fertig wird.

Warum führt Angst zu Leistungsabfall und Denkblockierungen? Angst löst wie jede seelische Erregung den beschriebenen Streßmechanismus aus, wobei hinsichtlich des Lernprozesses die Vorgänge im Gehirn besonders wichtig sind. Denn der Adrenalinausstoß im

Körper bewirkt gleichzeitig, daß das Hormon Acetylcholin, eine Transmitter-Flüssigkeit, die die Kombination der im Gehirn gespeicherten Daten ermöglicht, nicht produziert wird. So entsteht im Gehirn jene Leere, die wir alle schon in Augenblicken der Verwirrung und Erregung erlebt haben: ein Vergessen von Namen, die Unfähigkeit, klar zu denken, Begriffsstutzigkeit. Erst wenn die innere Angst gewichen ist, arbeitet das Gehirn wieder normal, indem die Schaltstellen des Gehirns, die Synapsen, mit dem biochemischen Transmitterstoff „beschossen“ werden <sup>34)</sup>.

Jeder Lehrer weiß aus Erfahrung: in dem Augenblick, da Prüfungen beginnen, erleben viele Schüler, werden unruhig, beginnen zu stottern, beteuern, sie hätten es kurz vorher noch gewußt. Eine Arbeit, von der die Schüler wissen, sie wird nicht bewertet, fällt besser aus als offizielle Tests. So stehen wir vor der paradoxen Situation, daß wir zur Stimulierung von Leistungen ein Mittel einsetzen, das die Leistungsfähigkeit im Normalfall erheblich beeinträchtigt. Außerdem läßt sich nicht leugnen: Häufigkeit und Schwierigkeitsgrad der Prüfungen und Tests sind in den letzten Jahren gestiegen. Schüler mit Mittlerer Reife oder Qualifiziertem Hauptschulabschluß berichten, daß sie in diesem Jahr bis zu 20 Einstellungsprüfungen ohne Erfolg absolviert haben. Der Zwang, sich beruflich zu qualifizieren und durch gute Noten und gehobene Schulabschlüsse die knapp gewordenen Lehrstellen oder Studienplätze zu ergattern, unterwirft gegenwärtig Hunderttausende von Jugendlichen Prüfungssituationen, wie sie zum Glück den meisten Erwachsenen unbekannt sind.

### Konkurrenz

In der Schule lernt und arbeitet jeder Schüler für sich. Die angestrebten Leistungen sind Leistungen des einzelnen, sehr selten der Gruppe oder der Klasse. Und einzeln werden die Schüler über das Gelernte auch wieder befragt, wobei man peinlich darauf achtet, daß niemand dem anderen hilft. Wo dies doch geschieht, ist von Unterschleif und Betrug die Rede — Verstöße, die streng bestraft werden. Auf diese Weise erfahren Konkurrenzdenken und Egoismus unter den Schülern eine ständige Verstärkung. Der ‚Einzelkämpfer‘, der für

<sup>32)</sup> Hermann Rosemann, a. a. O., S. 88.

<sup>33)</sup> Schulangst und Lernerfolg, Düsseldorf 1975.

<sup>34)</sup> Näheres bei F. Vester, Denken, Lernen, Vergessen, S. 96 ff.

sich allein Lernende, findet bedeutend mehr Anerkennung als der sozialintegrativ Arbeitende, der sich mit anderen solidarisiert.

Die Mehrzahl der Schüler hat diese Einstellung verinnerlicht und empfindet Uneigennützigkeit und soziales Lernen als Schwäche, als hinderlich für Erfolg und Karriere. Die folgende Äußerung eines Gymnasiasten, der sich gegen Experimente des Lehrers zur Wehr setzt, ist typisch für die augenblickliche Situation an vielen Schulen: „Wissen Sie, Sie sollten hier keine methodischen Kniffe anwenden, wir haben mit Gruppenarbeit und ähnlichem nur schlechte Erfahrungen gemacht, das hält insgesamt auf... Wissen Sie, unser Interesse ist es, Abiturverwertbares angeboten zu bekommen, wir können es uns nicht leisten, mit Experimenten unsere Zeit zu vergeuden.“<sup>35)</sup>

In der heutigen Schuljugend gibt es nur noch selten wirkliche Klassengemeinschaften. Die sensiblen, wenig robusten Kinder geraten frühzeitig in die Maschinerie des individuellen Leistungsdrucks; die weniger sensiblen Schüler kommen eher zurecht und begreifen bald, daß Rücksichtnahme mehr Nachteile als Vorteile bringt. Numerus clausus sowie die Sorge um einen Arbeitsplatz haben die Konkurrenzsituation unseres Schulsystems noch erheblich verschärft. Der Kampf um Zehntel-

punkte in der Kollegstufe, Schadenfreude über die schlechtere Leistung eines Mitschülers, willfährige Anpassung, Duckmäusertum und Unterwürfigkeit gehören zu den alltäglichen Erscheinungen. Nach Ansicht vieler Lehrer braucht in den Klausuren der gymnasialen Oberstufe eigentlich keine Aufsichtsperson mehr dabei zu sein — die Schüler sorgen selbst dafür, daß das Abschreiben unterbleibt<sup>36)</sup>.

Aber nicht nur die Mitschüler in der eigenen Klasse konkurrieren um eine Lehrstelle oder einen Studienplatz, sondern auch die verschiedenen Schultypen stehen in schärfstem Wettbewerb: Abiturienten, die keinen Studienplatz erhalten, nehmen den Realschülern begehrte Arbeitsplätze in Banken oder in der Industrie weg; Realschüler, die keine kaufmännische Lehrstelle finden, stehen in Konkurrenz zu den Hauptschülern im gewerblichen Bereich; Hauptschüler ohne qualifizierten Abschluß oder Sonderschüler haben nur noch Chancen als Hilfsarbeiter, wenn ihnen überhaupt noch etwas offeriert wird<sup>37)</sup>. Was Wunder, wenn Schüler unter solchen Lebensbedingungen sich „statusmäßig“ voneinander abgrenzen. Der erfolgreiche Schüler fühlt sich dem Versager gegenüber im Vorteil, der Gymnasiast dem Realschüler, der Hauptschüler dem Sonderschüler. Das gleiche wiederholt sich innerhalb der einzelnen Klasse<sup>38)</sup>.

### III. Ursachen des Stresses im gesellschaftlichen Bereich

Wir haben bislang hauptsächlich vom Schulstreß und den krankmachenden Faktoren in der Schule gesprochen. Wir können jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß auch die außerschulische Umwelt Stressoren aufweist, die die Schuljugend zunehmend in Mitleidenschaft ziehen. Wir beschränken uns im folgenden auf drei besonders markante Phänomene:

#### Lärm

Unsere Fähigkeit, Geräusche differenziert wahrzunehmen und zu verarbeiten, ist biologisch verankert und diente einst der Lebenssicherung in einer gefährlichen Umwelt<sup>39)</sup>.

Heute hat die Wahrnehmung von Geräuschen, vor allem in der Großstadt, keine lebenserhaltende Funktion mehr, im Gegenteil: von einem gewissen Geräuschpegel (ca. 60 Dezibel) an wirkt Lärm gesundheitsschädigend und streßauslösend. Straßenlärm, Baulärm, Überschallflugzeuge usw., denen Schüler auf dem Weg zur und nach der Schule, in der Schule und daheim vielfach ausgesetzt sind, häufen sich zu Lärm-Reizen, die körper-

<sup>36)</sup> Vgl. H. Rosemann, a. a. O., S. 52 f.

<sup>37)</sup> So schätzt z. B. das Bayer. Wirtschaftsministerium die Zahl der arbeitslosen Hauptschulabgänger in Bayern für die kommenden Jahre auf 80 000, nach: Nürnberger Nachrichten v. 18.2.1977.

<sup>38)</sup> Vgl. die Untersuchungen dazu bei H. Rosemann, a. a. O., S. 64.

<sup>39)</sup> F. Vester, a. a. O., S. 167.

<sup>35)</sup> Nach Hans Sonn, Lehrer, Tutor, Prüfer, Kontrolleur ... In: *betrifft: erziehung*, 1976/10, S. 50.

lich anstrengend und belastend wirken. „Im Gegensatz zum Alarm erfüllt Lärm keinen biologischen Zweck. Auch nicht den der Abhärtung — sondern er schadet nur: Erstens zerstört Dauerlärm die Alarmbereitschaft, statt uns dafür fit zu halten. Zweitens zerstört er als krankmachender Streß unsere Gesundheit, statt uns umweltstabil zu machen. Drittens setzt Lärm durch drastischen Abbau der Konzentrations- und Denkfähigkeit die allgemeine Leistung herab. Das Bedenkliche am Lärm ist, daß es wahrscheinlich keine echte Gewöhnung gibt. Kein Mensch kann sich dem Lärmstreß wirklich entziehen, auch wenn er äußerlich noch so ruhig erscheint und sich noch so unempfindlich wähnt, wie etwa ein knatternder Motorradfahrer. Sowohl unser Ohr als auch unser Nervensystem sind so gebaut, daß sie eine akustische Belastung nur innerhalb bestimmter physikalischer Grenzen ohne Schaden ertragen können. Der Konstruktionsplan unseres Organismus ist jedenfalls für eine sehr viel ruhigere Umwelt gebaut.“<sup>40)</sup>

Unter diesen Aspekten kommt auch den auditiven Freizeit-Vergnügungen vieler Jugendlicher in Discotheken, Beatschuppen und den eigenen vier Wänden mit den entsprechenden Verstärkeranlagen eine — vom Medizinischen her betrachtet — problematische Bedeutung zu, weil sie sich scheinbar vom Schulstreß entspannen, in Wirklichkeit aber nun in eine andere Form — den Lärmstreß — flüchten.

### Umweltzerstörung

In den vergangenen Jahren hat sich, nicht zuletzt auf Grund der Studien des Club of Rome, ein beachtliches Verständnis für die Gefahren eines einseitig auf Massenproduktion und Konsumsteigerung ausgerichteten Industriesystems in breiten Teilen der Öffentlichkeit durchgesetzt; kaum jemand, der seine Umwelt wahrnimmt, wird sich der Einsicht verschließen können, daß täglich natürlich gewachsene Lebensräume eingeengt und biologische Einheiten wie Flüsse, Wälder und Seen geschädigt und so der heranwachsenden Generation die Grundlagen für Erholung und Entspannung vermindert oder gar entzogen werden. Unsere Kinder werden in eine mit Giftstoffen aller Art durchzogene Welt hineingeboren, und ihr Organis-

mus muß diese Giftstoffe aufnehmen und verarbeiten. Bezogen auf den Schulstreß verweisen diese allgemein bekannten Tatbestände beklemmend darauf, wie sehr unsere Schuljugend, selbst wenn die Schule ein paradiesischer Gesundbrunnen wäre, in dem es keinerlei Streß gäbe, aus einer erkrankten Umwelt kommen und deshalb selbst gute Unterrichtsangebote vielfach nur schwer verarbeiten können, weil ihr Körper im kleinen den gleichen Zerstörungen ausgesetzt ist wie unser ökologisches System im großen.

### Leistungs- und Konsumzwänge

Leistung und Wettbewerb sind Kennzeichen einer Wirtschaftsordnung, der dauerhaftes Wachstum und maximaler Lebensstandard als höchste Werte gelten. Die Mehrheit der Bevölkerung stellt die damit verbundenen Verhaltens- und Wertmuster nicht in Frage, am wenigsten in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Andererseits hat die Streßforschung nachweisen können, wie stark wir biologisch geschädigt werden, wenn Leistungsangst, Ehrgeiz, Karrieredenken, Berufsneid und Konkurrenzverhalten zu den alltäglichen Gepflogenheiten gehören; wie gereizt Eltern auf ihre Kinder bei beruflichen Belastungen reagieren. Daß augenblicklich am Leistungsbegriff, unserer „heiligen Kuh“, nicht gerüttelt werden darf im Sinne der Fragen „Leistung wozu? Leistung warum? Leistung wofür?“<sup>41)</sup>, läßt sich durch eine Vielzahl von Äußerungen belegen.

Die explosive Kehrseite der momentan herrschenden Leistungsideologie bei Schülern, Lehrern und Eltern liegt in jener janusköpfigen Verquickung, daß — ähnlich wie der arbeitende Erwachsene — auch Kinder und Jugendliche für erbrachte Leistungen entschädigt werden, und zwar durch Gratifikationen, Geschenke und Zuwendungen, die als Konsumdressur wirken. Wolfgang Schmidbauer spricht deshalb warnend vom „homo consumens“: „Die Entschädigung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit Gütern, die verbraucht, vernutzt und verschwendet werden, entspricht dabei gleichzeitig der Logik der wirtschaftlichen Produktion.“<sup>42)</sup>

<sup>41)</sup> Wolfgang Lempert, Leistungsprinzip und Emanzipation, Frankfurt 1971, S. 335 ff.

<sup>42)</sup> Wolfgang Schmidbauer, Homo consumens — Der Kult des Überflusses, Stuttgart 1972.

<sup>40)</sup> Ebd., S. 169.

Das Fatale an der permanenten Erzeugung von Überfluß liegt nicht nur in der ökonomischen Vergeudung, sondern auch in der Entstehung von entsprechenden Verhaltensmaßstäben bei Kindern und Jugendlichen. Wer von klein auf erlebt, daß fast alle Dinge kaufbar sind, verzichtet auf eigene Aktivitäten. Die Folge ist die Abhängigkeit von stellvertretenden Ersatzbefriedigungen. Inmitten einer technisierten Umwelt verlieren immer mehr Kinder reale Erfahrungsmöglichkeiten, z. B. das Betasten, Beriechen, Erfühlen von Tieren, Pflanzen, Gestein, Witterungen, Formen, Farben, Tönen und unzähligen Materialien. Eine logische Konsequenz der oben erwähnten Verführung und Dressur zum Konsum<sup>43)</sup> bildet die ständige Zunahme des jugendlichen Alkohol-, Zigaretten- und Tablettenverzehr. Doch hier hilft kein moralisierendes Wehklagen über die Zeitläufte, jugendliche Unsitten oder gar über eine „politische Liberalisierung“. Darf hemmungslos für gesundheitsschädigende Waren geworben werden und können Erwachsene exzessiven Konsum vorpraktizieren, so widerspräche es allen Erkenntnissen der Sozialisierungsforschung, wenn Kinder dieses Verhalten nicht bewußt oder unbewußt wiederholten.

Was läßt sich gegen die beschriebenen Streßerscheinungen unternehmen? Welche Ansatzpunkte zur Bekämpfung des Streß bieten sich an? Entsprechend der vorangegangenen Unterscheidung in Streßfaktoren innerhalb und außerhalb der Schule stellen wir zunächst Anti-Streß-Maßnahmen im Schulbereich vor, um uns dann den Umweltbedingungen zuzuwenden.

### **Streßabbau in der Schule**

Vorweg sei betont: Es handelt sich hier nur um bescheidene Annäherungsversuche. Bei ehrlichem Wollen der Erzieher kann zwar mitunter auch schon durch relativ einfache Maßnahmen für Schüler, Eltern und Lehrer Erleichterung geschaffen werden. Anderer-

<sup>43)</sup> Man vergleiche, was Wolfgang Menge über die raffinierte Warenauslage der Kauf- und Supermärkte zwecks Anlockung der kindlichen Kauflust sagt, in: Der verkaufte Käufer, Frankfurt 1973, S. 81 ff.

Für unseren Zusammenhang sind zwei Folgerungen wichtig:

— Alle Verhaltensweisen, die psychisch oder körperlich lähmend und hemmend wirken wie beengtes Wohnen, langes Stillsitzen, Fernsehen, Autofahren sind langfristig immer streßverschärfend und machen den Organismus krank, weil er die angestauten Substanzen nicht abbauen kann.

— Gesellschaftliche Umwelterfahrungen, die auf die Unterdrückung von Aktivitäten und Eigeninitiative angelegt sind („Rasen betreten verboten“ — „Ballspielen verboten“ — „Baden verboten“) <sup>44)</sup>, wirken auf die Schule zurück. Selbst wenn die Schule mehr spontanes, kreatives Lernen beabsichtigte, könnte sie das mit den Schülern nur schwer realisieren, weil die schon anders geprägt das Schulhaus betreten.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Die gesellschaftlichen Konsum- und Leistungszwänge reichen in die Schule hinein und prägen alle dort Tätigen. Wer darum die Schule zum alleinigen Verursacher von Schulstreßphänomenen macht, ist blind gegenüber der Einbindung der Schule in die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen.

## **IV. Überlegungen zum Streßabbau**

seits werden alle Veränderungen, die sich auf den Schulbereich beschränken, nur bedingt greifen, solange die gesellschaftliche Umwelt nicht ebenfalls Veränderungen erfährt.

### *Lerninhalte*

Zur Behebung des Schulstress hat das Bayerische Staatsministerium an einigen Schultypen eine Kürzung der Stundenpläne um je eine Wochenstunde in einigen Hauptfächern und Nebenfächern vorgenommen bei gleichzeitiger Erhöhung der Stundenzahl in musischen Fächern (Musik, Sport). Es bedarf keiner prophetischen Gabe, um vorauszusagen, daß eine solche Maßnahme für die Schüler mit Sicherheit keine Entlastung bringen wird, da in den zeitlich reduzierten Hauptfächern keine *Leistungskürzungen* vorgesehen sind und die spannende Wirkung der musischen Fächer dahinsteht.

<sup>44)</sup> Vgl. Heinrich Bast u. a., Gewalt gegen Kinder, Reinbek 1975, S. 13—99.

Unserer Meinung nach können nicht formale oder organisatorische Eingriffe in den Stundenplan helfen, sondern allein *inhaltliche* Reformen, die den Unterricht und das Klima in der Schule in ihrem Wesen verändern. Solche Maßnahmen könnten z. B. sein:

— Für alle Schularten und Fächer werden *didaktische Kommissionen* gebildet, die aus Vertretern der Elternbeiräte, der Lehrerverbände und Schülergruppen bestehen und die versuchen, die bestehenden Stoffpläne drastisch einzuschränken. Wissensinhalte ohne Bildungswert und ohne berufliche Relevanz müssen verschwinden. Denn noch immer lernen Schüler nicht, wie sie sich selbständig einen Sachbereich erarbeiten, sondern werden mit oft sinnlosen Fakten vollgestopft, die sie nervlich belasten und verdummen.

— *Hausaufgaben* sind, vor allem in der Unterstufe, in jedem Fach auf ein Minimum zu reduzieren, gemäß der nicht beachteten Einsicht Herbarts, Hausaufgaben sollten „nicht das größte, sondern gerade umgekehrt das kleinste mögliche Zeitmaß ausfüllen“<sup>45)</sup>. Untersuchungen haben gezeigt: Hausarbeiten sind in der Regel wenig effektiv, ihre Erledigung bringt kaum Lernfortschritte<sup>46)</sup>. Nach dem Schulunterricht aber braucht der Schüler die Möglichkeit des Ausgleichs, der körperlichen Betätigung. Die Beschäftigung mit zum Teil mechanischen Pauk- und Wiederholungsaufgaben daheim bringt nichts, aber verhindert den Streßabbau.

— Der herkömmliche Fächerkanon benötigt die Auflockerung durch *praktische Kurse* wie Kochen, Werken, Filmen, Besichtigen, Malen, Theaterspielen u. ä., damit *alle Sinne* und Körperorgane angesprochen werden — und nicht nur der Intellekt.

Vor allem die Organisation praxisnaher Fächer kostet Geld. Die Aufwendungen dafür sind jedoch erheblich niedriger als die späteren Kosten zur Integration und Resozialisierung gescheiterter und gestreßter Jugendlicher.

### Lehrmethoden

An den Unterrichtsmethoden hat sich in den vergangenen 30 Jahren sehr wenig geändert. Der Lehrer steht nach wie vor im Mittelpunkt

<sup>45)</sup> Zitiert nach: Dieter Boßmann, Bestandsaufnahme Hausaufgaben, in: *betrifft: erziehung*, 1976/Heft 10, S. 24.

<sup>46)</sup> Bernhard Wittmann, *Vom Sinn und Unsinn der Hausaufgabe*, Neuwied/Berlin 1970<sup>2</sup>.

des Geschehens und organisiert den Unterrichtsablauf. Lediglich der Einsatz neuer Medien — Film, Videorecorder, Tageslichtprojektor u. ä. ergänzen die traditionellen Medien Tafel und Buch — ist hinzugekommen, allerdings sehr unterschiedlich und mancherorts nur sporadisch. Doch neue Medien führen keineswegs zur Auflösung des lehrerzentrierten Unterrichts oder zur Ablösung rezeptiven Lernens.

Gruppenunterricht ist in jedem Fach und ohne große organisatorische Vorbereitung möglich. Was der Lehrer vorträgt, was er mit eigenen Worten oder über Medien vermittelt, können Schüler selbst erarbeiten, indem der Lehrer ihnen Arbeitsmaterial (in Form von Texten, Statistiken, Filmen, Tonbändern, Zeitungsnotizen usw.) zur Verfügung stellt, das sie dann in kleinen Gruppen besprechen. Die Vorteile eines Lernens in Gruppen liegen auf der Hand:

— viele Schüler können, wie Vester gezeigt hat, überhaupt erst im Gespräch lernen;

— die Kommunikation von Schülern untereinander ist elastischer und effektiver, weil Schüler aufeinander besser eingehen und sich besser verstehen können, als es dem Lehrer im Frontalunterricht möglich ist;

— da der Schüler aktiv sein kann, ermüdet er weit weniger als beim Lehrervortrag und hat reale Erfolgserlebnisse;

— Gruppenarbeit stärkt das Selbstwertgefühl, verringert Abhängigkeit und Ohnmacht, solidarisiert und fördert die Entwicklung sozial-integrativen Verhaltens;

— entsprechend der Lernmotivation vermindern sich Unterrichtsstörungen und disziplineloses Verhalten, was dem Lehrer autoritäres Auftreten und restriktive Maßnahmen abnimmt.

Wenn heute, wie Tausch bemerkt, nur höchstens 5 Prozent der Unterrichtsstunden in Form von Gruppenarbeit abgehalten werden<sup>47)</sup>, so läßt dies ahnen, wie weitgehend sich die Schulwirklichkeit ändern könnte, wenn Gruppenarbeit die Norm würde.

Die Erarbeitung von Stoffinhalten in Kleingruppen bedarf aber der Ergänzung durch Erfahrungen, die die ganze Klasse mit sich als Gruppe macht. Auch hier liegen Experimente und Ergebnisse vor. Erwähnt sei nur die „Themenzentrierte Interaktion“ (TZI) von

<sup>47)</sup> R. u. A.-M. Tausch, a. a. O., S. 181.

Ruth Cohn, eine Methode, mit der es dem Lehrer gelingt, Rivalitätsgefühle in der Klasse zu überwinden und zu echter Kooperation zu kommen, indem er das Unterrichtsthema mit den Gefühlen der Schüler verbindet und sich selbst als Lernender versteht, der stets auch von der Klasse Informationen entgegennimmt und sich vor den Schülern mit seinen Gefühlen zeigt<sup>48)</sup>. Diese Methode erzeugt ein Klima, das nicht mehr von individuellem Ehrgeiz und Prüfungsangst beherrscht wird, sondern von gegenseitigem Verstehen und gemeinsamer Freude an erfolgreicher, produktiver Tätigkeit, ein Klima, in dem Lehrer und Schüler sich nicht mehr als Gegner, sondern als gleichwertige Partner erleben. Die Schulung der Lehrer in der TZI-Methode oder ähnlichen Verfahren bewirkt auch, daß Lehrer untereinander Konkurrenzverhalten abbauen und Fähigkeiten zu kooperativer Arbeit entwickeln. Zur Zeit sind Lehrerkonferenzen im allgemeinen ein beredtes Beispiel dafür, in welchem Umfang Lehrer gestaute Aggressionen gegen Schüler, Kollegen, Eltern oder Vorgesetzte mit sich herumtragen und oft außerstande sind, pädagogische und sozialintegrative Verhaltensweisen zu zeigen. Lehrer hingegen, die sich in gruppenspezifischen Seminaren schulen lassen, zeigen schon nach kurzer Zeit wichtige Verhaltensänderungen, indem sie ihr eigenes Auftreten objektiver sehen und anderen gegenüber toleranter und verständnisvoller auftreten. Aber auch ohne gruppenspezifischen Ansatz können Lehrerfortbildungsveranstaltungen, auf denen sich Pädagogen in Ruhe ihren Problemen widmen, deutliche Anti-Streß-Erscheinungen bewirken<sup>49)</sup>.

### Prüfungsverfahren

Immer wieder wird behauptet, keine Gesellschaft könne auf Leistungen verzichten. Diese These ist so lange undifferenziert, wie nicht zwischen selbst- und fremdbestimmter Leistung unterschieden wird. Die für die Schule wichtige Frage lautet: Erbringen Individuen vorwiegend nur dann Leistungen, wenn sie ständig überprüft und benotet werden?

Die neurotisierenden Folgen permanenter Leistungsüberwachung, vor allem im Grund-

<sup>48)</sup> Ruth C. Cohn, Von der Psychoanalyse zur themenzentrierten Interaktion, Stuttgart 1975; vgl. insbes. Kap. 13: Zur Humanisierung der Schulen. Vom Rivalitätsprinzip zum Kooperationsmodell, S. 152 ff.

<sup>49)</sup> Vgl. Beispiele bei Jörg Schlee, Lernen im Kollegium, in: betrifft: erziehung, 1977/1, S. 44.

schulalter, sind unübersehbar. An der Notwendigkeit, hier etwas zu ändern, bestehen kaum Meinungsverschiedenheiten. Eine erhebliche Entschärfung des gegenwärtigen Notensystems wäre sicherlich die Abschaffung der Notenfeingliederung in sechs Stufen. Zum Weiterücken in die nächst höhere Klasse, zum Nachweis, daß man eine bestimmte Fertigkeit beherrscht, genügte es, wenn die Bewertung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ erfolgte, so wie es bei Fahrprüfungen für den Führerschein selbstverständlich ist. Die Einstufung „bestanden“ — „nicht bestanden“ oder „Anforderung erfüllt“ — „nicht erfüllt“ verhindert, daß sich Schüler auf Notenstufen fixieren und gegenseitig eingruppierten. Sie erleichtert den Blick für die Erlernung und Einübung wichtiger Fähigkeiten und erübrigt den Kampf um Rangplätze. Die Einstufung in „bestanden“ — „nicht bestanden“ würde es auch dem Lehrer sehr erleichtern, sich darauf zu besinnen, was zum Lösen einer Aufgabe tatsächlich gehört. Die meisten Fehlerskalen für die Noten 1 bis 6 sind willkürlich und deshalb pädagogisch kaum vertretbar. Karlheinz Ingenkamp konnte eindeutig nachweisen, wie gering Verlässlichkeit und Voraussagewert von Schulnoten einzustufen sind, insbesondere im Fach Deutsch. Wenn der gleiche Aufsatz einmal mit „Sehr gut“, ein andermal mit „Nicht ausreichend“ zensiert wird, sind Schüler offensichtlich der Willkür des korrigierenden Lehrers ausgeliefert<sup>50)</sup>.

Die meisten Noten stellen ferner das Ergebnis einer punktuellen Überprüfung dar. Der Schüler hat für eine bestimmte Stunde gelernt, und den Lehrer interessiert, was er im Augenblick der Prüfung kann. Was der Schüler noch nach einer Woche weiß, spielt hingegen selten eine Rolle. Auf diese Weise werden die Lerntypen mit rascher Memorierfähigkeit und schnellem Vergessen bevorzugt, hingegen Schüler mit langsamer Auffassungsgabe und möglicherweise gut funktionierendem Langzeitgedächtnis benachteiligt. Zu fragen bleibt, ob nicht anstelle punktueller Überprüfung die kontinuierliche Beobachtung treten kann, indem der Lehrer über Monate hinweg die einzelnen Schüler beobachtet und ihre Fortschritte registriert. Damit in Zusammen-

<sup>50)</sup> Vgl. Karlheinz Ingenkamp, Möglichkeiten und Grenzen des Lehrerurteils und der Schultests, in: H. Roth (Hrsg.), Begabung und Lernen, Stuttgart 1970<sup>2</sup>, S. 407—431; Sind Zensuren aus verschiedenen Klassen vergleichbar?, in: betrifft: erziehung, 1969/3, S. 11 ff.

hang steht die dominierende Rolle schriftlicher Prüfungen. Selbst in den Fremdsprachen geht der Lehrer fast nur danach, was der Schüler *schreiben* kann, weil schriftliche Arbeiten als punktuell erbrachte Leistungen einfacher bewertbar sind. Das eigentliche Ziel des Fremdsprachenunterrichts, nämlich das Verstehen und selbständige Sprechen, bleibt unterbewertet oder entfällt, mit dem Resultat, daß die verteilten Noten ein recht verzerrtes Bild von dem Sprachvermögen des Schülers vermitteln.

Bei der Einführung von Gruppenarbeit erhebt sich die Frage, ob nicht kollektive Bewertungen zweckmäßig sind. Denn arbeiten Schüler vorwiegend in Kleingruppen und lernen, gemeinsame Lösungen vorzulegen, so ist es nur logisch, die Gruppe für ihre Leistung zu bewerten. Gruppennoten werden Prüfungen als Streßfaktor abbauen, da sich die Kommunikation der Gruppenmitglieder untereinander sowie ihre kooperative Arbeit als stärker erweisen dürfte als Angst vor Versagen. Die Ablehnung von Gruppennoten in der Schulpraxis mit dem Argument, der faule und leistungsschwache Schüler profitiere auf diese Weise zu Lasten des fleißigen und leistungsstarken, läßt erkennen, wie wenig für zahlreiche Pädagogen Prüfungsangst ein Problem darstellt. Leider hat auch die verschärfte Beurteilung der Lehrer durch ein siebenstufiges Beurteilungssystem mit vom Ministerium vorgegebenem Verteilungsschlüssel kaum dazu beigetragen, daß Lehrer ihre Entrüstung über die eigene Beurteilung in mehr Verständnis für die prekäre Prüfungssituation der Schüler umsetzen konnten.

Daß die von uns genannten Maßnahmen zum Streßabbau in der Schule keine utopischen Forderungen sind, beweist die Praxis der rund 30 Waldorf-Schulen in der Bundesrepublik. Die von Rudolf Steiner zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte anthroposophische Pädagogik arbeitet ohne Leistungsprinzip, verzichtet auf das traditionelle Zensurensystem, kennt keine Sitzenbleiber, lehnt autoritäre Lehrer ab und bietet den Schülern eine Vielzahl praktischer und musischer Fächer<sup>61)</sup>. Es ist schon einigermaßen erstaunlich, daß bisher weder Bildungspolitiker noch Erziehungstheoretiker von der Arbeitsweise der Waldorf-Schulen offiziell Kenntnis genommen haben.

<sup>61)</sup> Vgl. W. Abendroth, Rudolf Steiner und die heutige Welt, München 1969.

## **Streßabbau in der Gesellschaft**

### **Lärm**

Um den täglichen millionenfachen Individualverkehr zu reduzieren, benötigen wir, zumindest in den Großstädten, die Weiterentwicklung umweltfreundlicher Massenverkehrsmittel. Außerdem brauchen wir neben einer Ausdehnung von Lärmschutzzonen eine systematische Erforschung besonders gravierender Lärmverursacher. Bei der Planung von Schulen müssen vorhandene Lärmquellen Berücksichtigung finden und bis zu einem biologisch erträglichen Maß eliminiert werden.

Durch Beobachtungen der Pädagogischen Psychologie wissen wir: Kinder schreien um so lauter, je weniger sie das Gefühl haben, verstanden und gehört zu werden. Deshalb bedarf es einer präzisen Analyse über die Schädigungen der lärmproduzierenden Beat-, Rock- und Pop-Musikbranche. Ein Umdenken oder besser „Umhören“ von möglichst lauter, aggressiver Musik zu Formen differenzierterer und leiserer Musik wäre zum einen Aufgabe eines veränderten Produktionsangebots der elektronischen Musikindustrie, zum andern aber auch ein Problem sich wandelnder Wertvorstellungen, bewirkt durch Musikunterricht und öffentliche Meinungsbildung.

### **Umwelt**

Die Diskussionen über die lebensbedrohenden Risiken einer unkontrollierten Nutzung von Kernenergie sowie anderer Formen des umweltvernichtenden Industriewachstums müssen vermehrt und systematisch in die Lehrpläne der Biologie-, Chemie-, Physik- und Sozialkundestunden aufgenommen werden. Das Unverständnis und die Ignoranz manches naturwissenschaftlichen Unterrichts über die Erde als bio-chemischen und bio-physischen Gesamtorganismus mit seinen wechselseitigen Regelkreissystemen mutet nicht nur besorgniserregend, sondern geradezu anachronistisch an. Die politisch Verantwortlichen müssen stärker als bisher konsequente Verbote gesundheitsschädlicher Lebensmittelstoffe aussprechen sowie die Werbung für giftige Substanzen rigoros unterbinden. Ein schultypübergreifendes Fach „Gesundheitslehre“, das schon in der Grundschule beginnen sollte, könnte im Gegensatz zum bisherigen Biologieunterricht gleichfalls die Aufgabe erfüllen, die nachwachsenden Generationen systematisch auf die zentralen Probleme unseres ökolo-

gischen Ungleichgewichts vorzubereiten, um wenigstens bei ihr die Bereitschaft und die Fähigkeit zu wecken, Maßnahmen zum biologischen und sozialen Überleben zu schaffen.

### Leistung und Konsum

Die oben angedeuteten, teilweise schwerwiegenden Eingriffe in die sozio-ökonomischen Strukturen und Mechanismen unserer Gesellschaft werden nur durch Mehrheitsentscheidungen der Bevölkerung zu realisieren sein. Deshalb gelingen strukturelle Änderungen ohne Unsicherheits- und Angstgefühle in einer parlamentarischen Demokratie nur bei gleichzeitigen Bewußtseins- und Wertvorstellungskorrekturen. Die bereits begonnene Diskussion z. B. über die (materielle) Bewertung von beruflichen Tätigkeiten muß fortgesetzt werden. Es geht nicht an, daß sich bestimmte Berufsgruppen dagegen wehren, die Stagnation des Bruttosozialprodukts solidarisch mitzutragen. Auch das Überangebot von Akademikern verweist auf die notwendig einsetzende Problematisierung von Berufen, die eindimensional nur auf Entlohnungskriterien aufbauen. Andere Entlohnungsformen, wie z. B. die Sozialfähigkeit oder der Freiheitsgrad eines Berufes, werden Eingang in die Analyse von Berufsfeldern finden müssen, um soziale Ungleichheiten und Versteinerungen nicht krisenartig zu verstärken.

Gebunden an die Begrenzung beruflicher Höchstehkommen müßte zugleich eine Meinungsbildung über die Korrektur des Leistungsprinzips treten, derart, daß wir wieder den emotionalen und sozialen Fähigkeiten des Menschen den ihnen innewohnenden Wert verleihen. Fragen wie „Was ist wichtig für mich und andere Menschen?, Wozu sollen und wollen wir eigentlich leben?“ sollten zu den zentralen Themen privater wie öffentlicher Lebensplanung gehören. Der Streßforscher Hans Selye fordert nachdrücklich die Setzung von Lebenszwecken, von Zielen kurzfristiger und mittelfristiger Art, weil die Realisierung von Zielen im Subjekt Erfolgserlebnisse aus-

löst, die aktivierend und belebend wirken<sup>52)</sup>. Vor allem verweist er auf die wichtige Funktion sozialer und affektiver Kontakte mit Freunden, Bekannten, Nachbarn usw., weil die Bindungen dieser Art die Menschen von dem fixierten Druck auf Wohlstand und Karrierismus entlasten. Ferner warnt Selye vor dem selbst auferlegten Zwang zur Perfektion, zu Hochleistung und persönlicher Überforderung. Er verwendet Leitbegriffe wie „Glücklich-Sein“ und „Liebe“ als Markierungspunkte, die von einem fetischisierten Konsum- und Wohlstandsdenken wegführen sollen.

So wichtig und notwendig Selyes Vorschläge auch erscheinen, so werden sie sich doch nicht durch Wunschdenken verwirklichen lassen. Familie, Schule und Massenmedien müßten sie dadurch begleiten und unterstützen, indem bewußt gegen manipulativen Konsum und private wie öffentliche Verschwendung erzogen wird. In der Schule ließe sich z. B. eine *Konsumerziehung* verankern, die folgende Lernziele enthalten könnte<sup>53)</sup>:

- Rationalität beim Einkaufen;
- Sparsamkeit im Verbrauch;
- Vermeidung von Verschwendung;
- Sublimierung materieller Konsumbedürfnisse;
- Überwindung einer unreflektierten Erwerbsmentalität.

Diese keineswegs vollständigen Hinweise sollen nur veranschaulichen: Es gibt durchaus Möglichkeiten zur Einschränkung materieller Bedürfnisse, die in ihrer Konsequenz streßabbauend und biologisch entlastend wirken, wenn die Menschen sich wieder als aktive, spontane, empfindungsfähige Wesen erleben und begreifen.

<sup>52)</sup> Streß — Bewältigung und Lebensgewinn, München 1974.

<sup>53)</sup> Ausführlicher dazu: Thilo Castner, Konsum und Erziehung, in: Die Deutsche Berufs- und Fachschule, 1976/Heft 11, S. 846 ff.

## V. Ergebnis

Ziel unserer Untersuchung war, die Frage zu beantworten, ob Schule oder Gesellschaft ursächlich für den Schulstreß verantwortlich zu machen sind. In Umkehrung der These von Hermann Rosemanns verdienstvoller Materialsammlung, die den Schulstreß „die Krankheit, die Schule heißt“ nennt, sehen wir den Schulstreß zwar auch als Krankheit in der

Schule, jedoch als Krankheit, die ursächlich aus der Gesellschaft stammt, weil die Gesellschaft ihre Schwierigkeiten und Probleme offen oder latent an die Schule weitergibt. Die Schule antwortet weitgehend nur reaktiv auf die gesellschaftlichen Prozesse. Darum dürfen schulische Streß-Faktoren nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Abläufen betrachtet werden.

## Max Wingen: Rahmensteuerung der Bevölkerungsbewegung als gesellschafts-politische Aufgabe

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/77, S. 3—19

Der starke Geburtenrückgang der letzten Jahre ist — mit gewissen zeitlichen und regionalen Unterschieden — durchweg in den europäischen Industriegesellschaften zu beobachten und hat in der Bundesrepublik Deutschland seit kurzem zu einem Bevölkerungsrückgang übergeleitet. Die damit verbundenen Probleme finden inzwischen vermehrte Aufmerksamkeit in der öffentlichen — wissenschaftlichen wie politischen — Diskussion, zumal, weil für alle sozialplanerischen Bemühungen die Auswirkungen der eingetretenen Umbrüche und der sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen rechtzeitig bedacht sein wollen. Auf erhebliche Bedenken und teils emotional aufgeladene Einstellungen stößt die Thematik jedoch noch immer, sobald es um die Frage der politisch-gestaltenden Beeinflussung des Bevölkerungsprozesses geht. Dies ist sicherlich nicht nur auf abschreckende Beispiele in der Vergangenheit zurückzuführen, sondern auch auf solche Auffassungen von Bevölkerungspolitik, die in der Tat zentralen Wertentscheidungen in unserer Gesellschaft widersprechen.

Demgegenüber wird plädiert für Leitvorstellungen über verantwortbare Formen einer Rahmensteuerung des Bevölkerungsprozesses, dessen Verlauf durch die Vielzahl der einzellehelichen Entscheidungen im generativen Bereich maßgeblich mitbestimmt wird. Diese Entscheidungen sind ihrerseits von gesellschaftspolitischen und kulturellen Rahmenbedingungen, von den jeweils geltenden Normen und Leitbildern (etwa auch über das Selbstverständnis der Frau) mitgeprägt. Ein Kernproblem wird dort deutlich, wo das Verhalten der einzelnen und die Wohlfahrt der Gesellschaft insgesamt nachhaltig auseinandergehen. Die einzelne Familie kann u. U. ihr individuelles Glück durch ein einziges Kind erfüllt sehen; es bleibt dann aber die Frage, ob in der Addition das Wohl der Gemeinschaft gewahrt wäre. Im Blick darauf wird für die europäischen Industriegesellschaften das Ziel einer Annäherung an ein stabiles Quasi-Nullwachstum der Bevölkerung als vernünftig angesehen.

Bei alledem bleiben die für Bevölkerungsvorgänge charakteristischen Langzeitwirkungen zu bedenken, die durch nachträgliche Eingriffe kurzfristig kaum noch zu korrigieren sind. Da durch politisches Handeln oft unbewußt und unreflektiert, im Ergebnis aber doch auf vielfältige Weise auf den Bevölkerungsprozeß eingewirkt wird, sollte dies bewußt, planvoll und zielgerichtet geschehen, und zwar durch eine in die allgemeine strukturgestaltende Gesellschaftspolitik integrierte „Bevölkerungspolitik“. Unter den in Betracht kommenden Maßnahmen einer Rahmensteuerung nimmt eine systematische und betont kindbezogene Familienpolitik eine zentrale Stellung ein.

## Hartmut und Thilo Castner: Schulstreß — Krankheit der Schule oder Krankheit der Gesellschaft?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/77, S. 21—38

Die Autoren gehen bei ihrer Untersuchung über den Schulstreß nicht nur von allgemeinen bildungspolitischen Problemen aus, sondern verdeutlichen nachhaltig, daß Streß eine biologisch-medizinische Erscheinung ist, der Schüler und Lehrer ausgesetzt sind und die auf lange Sicht schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. In Anlehnung an die Ergebnisse der Streßforschung erläutern sie ausführlich den Streßmechanismus und übertragen ihn konkret auf die Schulwirklichkeit.

Das gegenwärtige Schulsystem weist eine Vielzahl von Stressoren auf, die zu nachhaltigen körperlichen und seelischen Belastungen führen: permanente Leistungsüberforderung, einseitige Unterrichtsmethoden, stundenlanges Stillsitzen, ständige Prüfungssituation. Schwer oder leicht gestörte Kinder sind das Ergebnis, ebenso verunsicherte Eltern und resignierende oder hilflose Lehrer. Somit kommt es bei Leistungsdruck, Prüfungsangst, falscher Schülerbehandlung oder überzogenem Elternehrgeiz zu Hormonreaktionen, die zu Dauerschäden führen, da der Streßmechanismus nicht umgangen werden kann. Weil Möglichkeiten der Entspannung in Form von musischer Betätigung oder spontanen Handlungen weitgehend fehlen, schlagen sich Streßschäden in der Schule zunehmend als Lern- und Konzentrationsschäden oder als aggressive Handlungen nieder.

Aber es wäre verfehlt, den Schulstreß nur durch innerschulische Maßnahmen (Erarbeitung schülergerechter Unterrichtsmethoden, Überprüfung der Stoffpläne, Veränderung der Leistungskontrollen, Einführung sozialintegrativer Aktivitäten) angehen zu wollen. Denn zusätzlich spiegeln sich in der Schule gesellschaftliche Probleme: Überbetonung des Leistungs- und Konkurrenzprinzips, zu Passivität verleitende Konsumgewohnheiten, nervenschwächende Lärmreize. Darum plädieren die Autoren dafür, Maßnahmen gegen den Schulstreß zu verbinden mit einem Umdenken innerhalb der Kategorien Leistung, Produktion und Konsum.